

# Gymnasium

Nr. 7-8/2019

## BADEN - WÜRTTEMBERG



Humboldt - Gymnasium



### ***Der Philologenverband BW gewinnt die Wahlen!***

- PhV klarer Sieger bei den Stufenpersonalratswahlen
- Hervorragendes Ergebnis im Hauptpersonalrat erzielt
- Überwältigende Mehrheiten in den Bezirkspersonalräten

**PhV-Aktion: Wunschzettel an Ministerin überreicht**

**Neue Online-Möglichkeiten für unsere Mitglieder**

**Positionspapier zur Digitalisierung verabschiedet**





Editorial [Ralf Scholl]	2
Pressemittellungen des PhV BW	4
Die Ministerin zum Thema Fridays for Future [Enver Groß]	7
Positionspapier Digitalisierung [Sabine Grobe   Edelgard Jauch]	8
Wahlkampf und Ergebnisse [Uschi Kampf]	9
Thema Aktuell: SPD	10
Aus dem HPR [Jörg Sobora]	12
Landesjugendausschussitzung des BBW [Martina Scherer]	14
Alle Jahre wieder [Corinna Heiss]	15
Nachwuchseminar des DPhV [Maximilian Röhricht]	16
Wie QM nicht sein sollte [Prof. Dr. Rainer Dollase]	17
Erasmus Plus für Schüler [Sabine Grobe]	19
Europa [Bernd Saur]	20
Wir sind Gymnasium [Tristan Wiedemann]	21
Kommentar: TLTR (Too long to read) [Enver Groß]	22
Wünsch Dir was vom Eisenmann [Karin Fetzner]	23
myclimate.de [Dirk Kolberg]	25
Die interne PhV-Homepage [Ralf Scholl]	27

Titelfoto: Humboldt-Gymnasium Karlsruhe (Foto: Helmut Hauser)

**IMPRESSUM**

Die Zeitung »Gymnasium Baden-Württemberg« erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für Mitglieder des PhV ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Einzelheft »Gymnasium Baden-Württemberg« (inkl. der DPhV-Zeitschrift »Profil«) beträgt 3,- Euro und für ein Jahresabonnement 18,- Euro zuzüglich Versandkosten. Der Betrag wird durch Vorauszahlung jeweils im Dezember erhoben.

**Redaktion:**

Schriftleiter:  
Enver Groß [E.G.] | enver.gross@phv-bw.de  
Veilchenweg 15 | 88276 Berg

**Redaktionsteam:**

Sabine Grobe [S.G.] | Helmut Hauser [H.H.] |  
Bettina Hölcher [HL] | Edelgard Jauch [E.J.] |  
Anne Käbbohrer [A.K.] | Evelyn Kapahnke [E.K.] |  
Christine Waibel [C.W.] | Richard Zöllner [R.Z.]

**Herausgeber:**

Philologenverband Baden-Württemberg  
Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart  
Tel.: 07 11 / 2 39 62 50 | Fax: 07 11 / 2 39 62 77  
info@phv-bw.de | www.phv-bw.de

**Verlag & Anzeigenverwaltung:**

Pädagogik & Hochschul Verlag  
dphv-verlagsgesellschaft mbh  
Graf-Adolf-Straße 84 | 40210 Düsseldorf  
Tel.: 02 11 / 3 55 81 04 | Fax: 02 11 / 3 55 80 95  
dassow@dphv-verlag.de | www.dphv-verlag.de

**Redaktionsschluss:**

**Sept.-Okt.-Ausgabe:** 9. September 2019,  
**Nov.-Dez.-Ausgabe:** 4. November 2019.  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen (ohne Rückporto keine Rücksendung). Alle Manuskripte sind an die Redaktion zu senden, nicht an den Verlag!

**Erscheinungstermin:** sechsmal jährlich nach Terminplan. Bestellungen, Umbestellungen und Reklamationen bitte direkt an die Geschäftsstelle des Philologenverbandes Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart.

# Liebe Leserinnen und Leser,

das Schuljahr geht mit großen Schritten dem Ende entgegen. Für den Endspurt wünsche ich Ihnen viel Energie und die notwendige Ausdauer, danach in den Ferien echte Erholung!

Und nun, wie gewohnt, ein Rückblick auf unsere Arbeit in den Monaten Mai und Juni:

## Personalratswahlen

Aus den landesweiten Personalratswahlen vom 14. bis 16. Mai sind wir gestärkt hervorgegangen, obwohl wir – anders als vor fünf Jahren – keinen Rückenwind durch eine katastrophale Schul- und Sparpolitik der Landesregierung hatten. Diesen Erfolg haben wir uns alle gemeinsam selbst erarbeitet.

Die prozentualen Ergebnisse in Tabellenform finden Sie in diesem Heft auf Seite 6.

- **Örtliche Personalräte**

Bei den ÖPR-Wahlen haben sich viele PhV-Mitglieder als Kandidatinnen und Kandidaten beworben, deutlich mehr als vor fünf Jahren. Folglich wurden auch mehr PhV-Mitglieder in die ÖPR gewählt. Auch wenn die Arbeit der Örtlichen Personalräte ausschließlich schulbezogen und meist völlig unideologisch abläuft, stärkt dies unsere Position in den Kollegien dauerhaft.

*Bemerkenswert:* An einer Schule, an der große Unzufriedenheit mit dem vorher GEW-dominierten ÖPR herrschte, hat die PhV-Schulgruppe für die ÖPR-Wahlen eigene PhV-Listen für Beamte und Arbeitnehmer aufgestellt und mit drei von fünf Sitzen im ÖPR dann die Mehrheit der Sitze gewonnen. Ein solches Aufstellen getrennter Listen bei ÖPR-Wahlen war ein Novum. Dadurch wurde auch ein Kumulieren von Stimmen ermöglicht. Wird nur ein einziger Wahlvorschlag aufgestellt, ist Kumulieren ja laut Wahlordnung nicht zulässig.



**Ralf Scholl**  
ist Landesvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg

- **Bezirkspersonalräte**

Bei den Wahlen zu den BPR gab es in allen vier Bezirken Stimmenzuwächse für den Philologenverband, die aber leider nicht zu Sitzgewinnen führten. Bei den BPR-Ergebnissen ist es sehr einfach, die Anzahl der jeweils gewonnenen Beamten-Sitze aus dem Stimmen-Prozentsatz abzulesen: Pro zehn Prozent gewonnener Stimmen gibt es einen Sitz. In Südbaden hatten wir leider Pech: Hier fehlten nur 0,4 Prozent, d.h. die Stimmen von knapp vierzig weiteren Lehrkräften, zum siebten Beamtenstanz im BPR Freiburg.

- **Hauptpersonalrat**

Bei den HPR-Wahlen hatten wir bei den Beamten einen ganz leichten Rückgang um 1,5 Prozent der Stimmen zu verzeichnen, der leider zum Verlust unseres zwölften von insgesamt 17 Beamtensitzen führte. Mit der immer noch knappen 2/3-Mehrheit dürfen wir aber trotzdem sehr zufrieden sein.

- **Arbeitnehmer**

Bei den HPR-Wahlen haben wir zum allerersten Mal mit 51 Prozent der Stimmen (+3,8 Prozent) die Mehrheit der Arbeitnehmer für den Philologenverband gewinnen können. Dieses Ergebnis zeigt, dass wir das alte, schon immer falsche Vorurteil »Der PhV ist doch nur die Vertretung der Beamten, die GEW die Vertretung der Arbeitnehmer« jetzt auch zahlenmäßig widerlegen können.

Im BPR Freiburg gab es mit einem Plus von 8,4 Prozent den größten Zuwachs bei den Arbeitnehmern. Damit liegen wir erstmals in allen vier BPR bei den Stimmen auf Augenhöhe mit unserem Mitbewer-

ber oder sogar klar vorn. Das ist neu!

Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal ganz herzlich bei allen unseren Kandidatinnen und Kandidaten und bei allen Schulvertretern bedanken. Ihrer Bereitschaft und ihrem Engagement verdanken wir ganz wesentlich diesen Wahlerfolg.

### Neue Mitgliederverwaltung

Bei unserer neuen Mitgliederverwaltung sind wir mit der schrittweisen Inbetriebnahme und Anpassung an unsere Bedürfnisse sehr gut vorangekommen. Dies eröffnet ab August einige neue Möglichkeiten:

- **Zentrale Veranstaltungs-Anmeldungen**

Mitglieder wie auch Nichtmitglieder können sich jetzt über unsere interne PhV-Webseite <https://intern.phv-bw.de> zu Veranstaltungen anmelden.

Regionalvertreter können ihre Regionalversammlungen von der PhV-Geschäftsstelle auf der Webseite ankündigen lassen und werden dann automatisch über die Anmeldungen informiert.

- **Abstimmungen und Wahlen**

Die neue Möglichkeit zu Mitgliederbefragungen, Abstimmungen und Wahlen wird sicherlich von uns genutzt werden.

- **Neue Möglichkeiten für die Mitglieder**

Und auch für jedes einzelne Mitglied, von dem wir eine gültige E-Mail-Adresse haben, gibt es neue Möglichkeiten. Mehr darüber erfahren Sie auf Seite 27 in diesem Heft.

### Kostenfreie goldene PhV-Verbands-Kreditkarte ab September 2019

Als weiteren kleinen Vorteil Ihrer PhV-Mitgliedschaft bieten wir ab September eine kostenfreie goldene PhV-Kreditkarte an. (Bei den meisten Banken zahlen Sie ja mindestens 29,90 Euro jährlich für eine Gold-Kreditkarte.) Als Mitglied des Philologen-

verbandes Baden-Württemberg bekommen Sie diese dann kostenlos. Bitte beachten Sie dazu die Informationen auf unserer Webseite!

### Bildungspolitische Kontakte

Wir treffen uns mittlerweile in regelmäßigen Abständen mit den Bildungspolitikern der im Landtag vertretenen Parteien mit Ausnahme der AfD. Als einzige Partei haben die Grünen häufigere Gespräche als zweimal jährlich abgelehnt.

Aktuelle Themen bei diesen Gesprächen waren – neben der neuen Oberstufe und ihrer bislang unzureichenden Lehrerversorgung – die Positionierung der Parteien zu G8/G9, die 'Fridays for Future'-Demonstrationen und natürlich auch die notwendigen Änderungen aufgrund der Gerichtsurteile zu außerunterrichtlichen Veranstaltungen und zur Erfassung der Arbeitszeit (EUGH-Urteil).

Diese Gespräche werden wir fortsetzen. Für uns bedeuten sie wichtige Lobby-Arbeit für die bildungspolitischen Interessen des Gymnasiums und die berufspolitischen Interessen der gymnasialen Lehrerschaft.

Auch mit dem Städtetag Baden-Württemberg haben wir mittlerweile regelmäßige Gespräche aufgenommen.

Durch den erfolgreichen Abschluss der Personalratswahlen und die deutlich vereinfachte Mitgliederverwaltung und interne Organisation unserer Veranstaltungsanmeldungen können wir jetzt – nach einem Jahr, das stark von interner Umorganisation und Modernisierung geprägt war – endlich auch verstärkt nach außen wirksam werden.

Mit diesem Ausblick wünsche ich Ihnen schöne und erholsame Sommerferien nach dem kräftezehrenden Schuljahres-Endspurt! Schalten Sie ab, tanken Sie neue Energie und kommen Sie ausgeruht und mit großer Gelassenheit aus den Ferien zurück! – Und schauen Sie sich spätestens Anfang September einmal die Webseite <https://intern.phv-bw.de> an!

Ihr 

Ralf Scholl  
Vorsitzender PhV BW

Zum Vormerken:

## ÖPR-Grundschulung Südwürttemberg im Bildungsforum Untermarchtal

Der PhV-Bezirksverband Südwürttemberg bietet für ÖPR-Mitglieder am **7. und 8. November 2019 im Bildungsforum Untermarchtal** (Margarita-Linder-Straße 8 | 89617 Untermarchtal) eine zweitägige ÖPR-Grundschulung unter anderem zu folgenden Themen an:

- Grundlagen des Personalvertretungsrechts
- Alltag der Personalratsarbeit des ÖPR
- Informationen aus Bezirks- und Hauptpersonalrat
- Fallbeispiele, Fragen und Antworten

Informationen zu Programm und Anmeldung erhalten Sie rechtzeitig im Vorfeld über Ihre PhV-Schulvertreterin bzw. Ihren PhV-Schulvertreter an der Schule.



## Panne im Gemeinschaftskunde-Abitur 2019

- Philologenverband gegen unreflektiertes Lehrerbashing
- Unklarheiten im Bildungsplan sind nicht einzelnen Lehrkräften anzulasten

*Zum Gemeinschaftskunde-Abitur 2019 äußert sich der Vorsitzende des Philologenverbandes Baden-Württemberg (PhV BW), Ralf Scholl, wie folgt:*

Von Seiten der Gemeinschaftskundelehrer wurde an dem Begriff 'Kategorienmodell', der für Verwirrung in der Gemeinschaftskunde-Abiturprüfung 2019 gesorgt hat, seit Jahren Kritik geübt, da er in diesem Zusammenhang unüblich und unklar bzw. schlecht definiert ist. Im Unterricht (und auch in den Lehrerfortbildungen zum Bildungsplan) wurde dieser Begriff durch die alternativen (und genaueren) Begriffe 'Theorien', 'Deutungsmodelle' und 'Deutungsansätze' ersetzt.

Mit anderen Worten: Die im Bildungsplan festgelegten Inhalte wurden von den GK-Lehrkräften sehr wohl behandelt. Lediglich der Begriff 'Kategorienmodell' wurde an 130 von 200 betroffenen Gymnasien im Unterricht nicht verwendet.

Wenn dieser 'Fehler' an zwei Drittel der Schulen passiert ist, dann ist dies kein Zufall. Vielmehr scheint hier eine Unklarheit in der Vermittlung

des Bildungsplanes in der Fläche zu bestehen, die nicht den einzelnen Lehrkräften angelastet werden kann. Statt also jetzt ein plattes Lehrerbashing zu betreiben, sollte eher die Frage gestellt werden, wie der in Fachlehrerkreisen umstrittene Begriff 'Kategorienmodell', der in keinem Schulbuch vorkommt und in keiner Internetrecherche in diesem Zusammenhang gefunden werden kann, überhaupt in den Bildungsplan für das Fach Gemeinschaftskunde und in der Folge jetzt (nach Jahren) auch in die gestellte Abituraufgabe hinein kam. Hier hätte die Kultusverwaltung seit langem für Klarheit sorgen können.

Im Bildungsplan von 2004 steht:

**Kompetenzen und Inhalte für Gemeinschaftskunde Gymnasium – Kursstufe (vierstündig)**

#### 4. Internationale Beziehungen und internationale Politik

##### 4.1 Struktur der Staatenwelt und Konfliktbewältigung

Die Schülerinnen und Schüler können die Struktur der internationalen Staatenwelt mithilfe

eines Kategorienmodells beschreiben; (...)

In den GK-Bildungsstandards von 2016 wurde diese Formulierung mit 'Kategorienmodell' übrigens durch folgende, sehr viel genauere Formulierung ersetzt: *Die Schülerinnen und Schüler können Antworten auf die Frage geben, wie das internationale System aufgebaut ist (Ordnung und Struktur), welche Regeln die internationale Politik bestimmen (Regeln und Recht), wie Entscheidungen in den internationalen Beziehungen getroffen werden (Macht und Entscheidung), welche Akteure die internationale Politik beeinflussen (Privatheit und Öffentlichkeit) und welche Handlungsmotive ihr Verhalten bestimmen (Interessen und Gemeinwohl).*

Anzumerken bleibt, dass die betreffende Aufgabe eine von zwei Wahlaufgaben war. Schülerinnen und Schüler, die mit dem Begriff nichts anzufangen wussten, hätten also problemlos die andere Aufgabe (zum Thema 'Integration') wählen können.

Auch hier (wie schon bei dem angeblich zu schweren Mathematik-Abitur in Bayern) scheint die 'Empö-





rungskultur' wieder einmal hohe Wellen zu schlagen.

Dass den betroffenen Schülerinnen und Schülern jetzt die Möglichkeit einer Wiederholung der Abiturprüfung in Gemeinschaftskunde eingeräumt wird, scheint fair, denn die Schüler haben die entstandenen Probleme ja nicht zu verantworten.

Dass die Betroffenen sich binnen 24 Stunden entscheiden müssen, ob sie an der Wiederholungsprüfung teilnehmen, ist die notwendige Folge der zeitlichen Enge, denn die Wiederholungsklausuren müssen ja ebenfalls noch erst-, zweit- und drittkorrigiert werden.

Erste Anzeichen deuten übrigens darauf hin, dass sich weniger als ein Viertel der Betroffenen für eine Wiederholung der Prüfung entscheidet.

Pressemitteilung des Philologenverbandes Baden-Württemberg vom 16. Mai 2019 zur Panne im Gemeinschaftskunde-Abitur 2019 (Az. 1811 / 2019-08)

## MINT-Exzellenzgymnasium in Bad Saulgau vernetzt Schule, Universität und Wirtschaft

- **Philologenverband begrüßt MINT-Exzellenzgymnasium in Bad Saulgau als Instrument der Hochbegabtenförderung**
- **Forderung nach einer Reduzierung des Klassenteilers an allen Gymnasien**

Den Beschluss des Landeskabinetts vom 14. Mai 2019, in Bad Saulgau ein Exzellenzgymnasium einzurichten, begrüßt der Philologenverband Baden-Württemberg als sinnvolles und zielführendes Instrument zur Hochbegabtenförderung in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik). Gleichzeitig spricht sich der Verband der Gymnasiallehrerinnen und -lehrer für eine systematische Förderung von begabten Schülerinnen und Schülern auf breiterer Basis aus. »Es reicht nicht aus, nur einzelne Leuchtturmprojekte für die Spitzenförderung aufzubauen«, so der PhV-Vorsitzende Ralf Scholl. Stattdessen brauche es auch hochkarätige und vielfältige Angebote in der Fläche, um möglichst alle guten und sehr guten Schülerinnen und Schüler bestmöglich unterstützen zu können.

Außerdem bekräftigt der Philologenverband seine Forderung an die Bildungspolitik nach einer Absenkung des Klassenteilers an den Gymnasien im Land. »Wer die Qualität des Unterrichts verbessern will, muss die Klassen kleiner machen«, so die Überzeugung von Ralf Scholl. Es sei nicht nach-

vollziehbar, dass der Klassenteiler an den meisten weiterführenden Schularten immer noch bei dreißig Schülern liegt. Die Landesregierung habe die Bedeutung der Klassengröße für die Unterrichtsqualität indirekt anerkannt, indem der Klassenteiler am MINT-Exzellenzgymnasium in Bad Saulgau bei sechzehn liegen soll. Der Philologenverband Baden-Württemberg spricht sich für eine Senkung des Klassenteilers an allen Schularten auf 28 als sofortigen ersten Schritt aus; langfristig sollte eine Reduzierung der Klassengröße an den allgemeinbildenden Gymnasien auf 22 Schüler angepeilt werden. »Dies würde nicht nur einen zielgerichteter an den Bedürfnissen, Begabungen und Leistungen der einzelnen Schülerinnen und Schüler ausgerichteten Unterricht ermöglichen, sondern auch eine nachhaltige Einstellungspolitik an den Schulen sicherstellen«, so Ralf Scholl abschließend.

Zumeldung des Philologenverbandes Baden-Württemberg vom 15. Mai 2019 zur Pressemitteilung des Kultusministeriums 'MINT-Exzellenzgymnasium in Bad Saulgau vernetzt Schule, Universität und Wirtschaft' vom 14. Mai 2019 (Az. 1811 / 2019-07)

# Personalratswahlen an den Gymnasien in Baden-Württemberg

**Philologenverband gewinnt die Wahlen für den Hauptpersonalrat (HPR) Gymnasien am Kultusministerium und für die Bezirkspersonalräte (BPR) Gymnasien an den Regierungspräsidien mit knapp 2/3- bis 3/4-Mehrheiten**



Foto: Christian Schwilke/AdobeStock

**D**er Landesvorsitzende des Philologenverbands, Ralf Scholl, kommentierte die Zahlen folgendermaßen: »Der PhV ist der klare Gewinner dieser Wahlen und hat mit diesem Ergebnis seine Position als führende Vertretung der Gymnasiallehrkräfte in vollem Umfang bestätigt.«

*Die Ergebnisse entnehmen Sie bitte der Tabelle.*

Bei den Personalratswahlen vor fünf Jahren war die Bildungs- und Sparpolitik der damaligen Landesregierung der beste Wahlhelfer des PhV, der damals bei den Personalratswahlen Zugewinne von zehn bis fünfzehn Prozent verbuchen konnte. Mit dieser Wahl hat es der Philologenverband geschafft, dieses Ergebnis aus eigener Kraft zu bestätigen und auf BPR-Ebene sogar noch weiter auszubauen. Im Hauptpersonalrat

hatte der Philologenverband vor fünf Jahren die höchsten Zugewinne. Diesmal gab es dort bei den Beamten minimale Verluste von 1,5 Prozent für den PhV. Bei den Arbeitnehmern hielt dagegen der positive Trend an: Im Hauptpersonalrat hat der Philologenverband bei diesen Wahlen mit 51 Prozent erstmalig die Stimmenmehrheit errungen. Damit ist der PhV auch im HPR mit fast einer 2/3-Mehrheit bei den Beamten und einer Mehrheit bei den Arbeitnehmern klarer Wahlgewinner.

## Hintergrundinformationen

Die Personalratswahlen für die Örtlichen Personalräte (ÖPR) an den Gymnasien, die Bezirkspersonalräte (BPR) an den Regierungspräsidien und den Hauptpersonalrat Gymna-

sien (HPR) am Kultusministerium fanden vom 14. bis 16. Mai statt.

Während die Ergebnisse für die Örtlichen Personalräte schon am 16. Mai vorlagen, ließen die Resultate der Personalratswahlen für die Stufenpersonalräte (BPR und HPR) aufgrund des komplizierten Wahlverfahrens mit Kumulieren und Panaschieren (ähnlich den Kommunalwahlen) bis jetzt auf sich warten.

Die Örtlichen Personalräte vertreten die Interessen der Lehrkräfte gegenüber den Schulleitungen.

Die Bezirkspersonalräte vertreten die Interessen der Lehrkräfte gegenüber den Regierungspräsidien.

Der Hauptpersonalrat vertritt die Interessen der Lehrkräfte gegenüber dem Kultusministerium.

Beamte und Arbeitnehmer wählen ihre jeweiligen Gruppenvertreter getrennt.

Der Hauptpersonalrat hat neunzehn Mitglieder, siebzehn Beamten- und zwei Arbeitnehmer-Vertreter.

Die Bezirkspersonalräte haben jeweils elf Mitglieder, neun Beamten- und zwei Arbeitnehmer-Vertreter.

Pressemitteilung des Philologenverbandes Baden-Württemberg vom 31. Mai 2019 zu den Ergebnissen der Personalratswahlen an den Gymnasien in Baden-Württemberg (Az. 1811 / 2019-06)

## Die Ergebnisse der Personalratswahlen im Gymnasialbereich

Gremium	Gruppe der Beamten			Gruppe der Arbeitnehmer		
	Ergebnis	Änderung	Sitze	Ergebnis	Änderung	Sitze
HPR	65,5 Prozent	(- 1,5 Prozent)	11 von 17	51,0 Prozent	(+ 3,8 Prozent)	1 von 2
BPR Tübingen	75,2 Prozent	(+ 3,8 Prozent)	7 von 9	56,8 Prozent	(+ 1,2 Prozent)	1 von 2
BPR Freiburg	69,7 Prozent	(+ 1,9 Prozent)	6 von 9	49,9 Prozent	(+ 8,4 Prozent)	1 von 2
BPR Stuttgart	65,5 Prozent	(+ 3,8 Prozent)	6 von 9	48,6 Prozent	(- 0,0 Prozent)	1 von 2
BPR Karlsruhe	65,4 Prozent	(+ 1,2 Prozent)	6 von 9	55,9 Prozent	(- 0,1 Prozent)	1 von 2



## Fridays for Future

Zur Stellungnahme der Ministerin für Kultus, Jugend und Sport zu diesem Thema

*Nach ihrem Brief an die Schulleitungen des Landes im Februar dieses Jahres hat Dr. Susanne Eisenmann nach einer Anfrage im Parlament erneut klar und deutlich Stellung zu den Freitagsdemonstrationen bezogen. Anbei ein kleiner Ausschnitt der Aussagen der Kultusministerin.*

»Mit Schreiben vom 28. Mai 2019 Nr. 31-6601.7/60/1 nimmt das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport im Einvernehmen mit dem Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration sowie dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zu dem Antrag wie folgt Stellung:

Für eine Teilnahme an den wöchentlichen Demonstrationen für den Klimaschutz ('Fridays for Future') darf weder gemäß der Schulbesuchsverordnung von der Teilnahme am Unterricht in einzelnen Fächern oder von sonstigen verbindlichen Schulveranstaltungen vorübergehend oder dauernd ganz oder teilweise befreit noch vom Besuch der Schule beurlaubt werden.«

Dies sind eindeutige Worte. Frau Dr. Eisenmann verweist dabei auf die

in Artikel 7 Grundgesetz und in Artikel 14 Absatz 1 Schulgesetz BW verankerte Schulpflicht. Diese dienen »der rechtlichen Absicherung des schulischen Erziehungs- und Bildungsauftrags«. Entschieden weist sie darauf hin, dass die Demonstrationen nicht während der Schulzeit stattfinden müssten.

»Es sind im vorliegenden Zusammenhang auch keine Anhaltspunkte dafür ersichtlich, warum das in den wöchentlichen Versammlungen und Aufzügen zum Ausdruck kommende Eintreten für den Klimaschutz nicht ebenso wirksam auch nach Unterrichtsende stattfinden kann.«

Weiter geht sie auf die Bedeutung der Aktionen für Baden-Württemberg ein, welchen sie grundsätzlich durchaus positiv gegenüber steht.

»Aus Sicht des Umwelt- und des Kultusministeriums leisten die Demonstrationen der Bewegung 'Fridays for Future' einen wichtigen zivilgesellschaftlichen Beitrag zur Klimaschutzpolitischen Debatte sowohl im Land als auch auf nationaler und internationaler Ebene. Es handelt es sich um Engagement, das beeindruckt und ernst zu nehmen ist.«

Zwar weist sie auf die Versammlungs- und Meinungsfreiheit hin, er-

teilt einem Fernbleiben vom Unterricht jedoch eine klare Absage.

»Eine Teilnahme an Demonstrationen durch schulpflichtige Kinder und Jugendliche während des Unterrichts oder im Zeitraum der übrigen verbindlichen Veranstaltungen der Schulen kommt in der Regel nicht in Betracht.«

Eisenmann weist erneut darauf hin, das Thema müsse in den Schulen selbst Einzug halten. Dies schließt sich an ihre Ausführungen zum Thema Klimaschutz im Bildungsplan 2016 an. Abschließend geht sie erneut auf die bestehende Schulbesuchspflicht ein.

»Den Schulen stehen im Übrigen nach dem Schulgesetz für Baden-Württemberg ausreichende Befugnisse zur Verfügung, um auf Verletzungen der Schulbesuchspflicht je nach Schweregrad angemessen reagieren zu können.«

Somit sieht sich der Philologenverband Baden-Württemberg in seiner Position durch das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport klar bestätigt. Auch der Philologenverband befürwortet Aktionen und Engagement der Schülerschaft in diesem Bereich ausdrücklich, lehnt jedoch Versammlungen während der Unterrichtszeit ebenso strikt ab.

**Enver Groß**



# Der Philologenverband BW zum Thema Digitalisierung

**D**er Digitalisierungspakt macht Milliarden frei für die Digitalisierung der Schulen. Wie steht der Philologenverband Baden-Württemberg zu diesem Thema? Innerhalb des berufspolitischen Arbeitskreises wurde im Laufe eines Jahres ein Positionspapier verabschiedet, welches sich mit dem Thema inständig auseinandersetzt.

Wovon sprechen wir eigentlich, wenn wir über Digitalisierung im Bildungsbereich reden?

Es geht um die Verwendung digitaler Geräte (Hardware), digitale Me-

dien (Software), Internet sowie eine sinnvolle Ressourcenausstattung der Räumlichkeiten, der Kollegien und der Schüler an den Schulen. Die Vermittlung von Medienkompetenz ist notwendig, um die Schüler auf eine vernetzte und globalisierte (Arbeits-) Welt vorzubereiten. Dies impliziert sowohl die Erteilung von Informatikunterricht als auch die Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte in allen Fächern.

Der Philologenverband Baden-Württemberg tut sich schwer mit dem

Begriff des digitalen Lernens, da das Lernen nur analog in einem sozialen Umfeld stattfinden kann. Er vertritt weiterhin ein humanistisches Menschenbild und tritt daher insbesondere in Zeiten der Social Media vehement für eine staatliche Aufsicht im Bildungswesen ein.

**Das gesamte Positionspapier steht auf der Internetseite des Philologenverbandes Baden-Württemberg ([phv-bw.de](http://phv-bw.de)) zum Download als PDF zur Verfügung.**

Chancen	Risiken
<p>Motivation und Kreativität fördern Lernprozesse. Wer schon erlebt hat, wie Schülerinnen und Schüler wochenlang mit Freude und großem Arbeitseinsatz im NwT-Unterricht ihre Seife herstellen, ihr Produkt designen und Werbung für dieses kreieren, sei es in Form eines Webshops oder als Kampagne in den Social Media, der sieht die Chancen der Digitalisierung ganz deutlich und betrachtet die unglaubliche Vielfalt der Ergebnisse mit Stolz und nicht selten dem Gedanken »Ich hätte das nicht so perfekt hinbekommen«.</p> <p>Diese Art von Erfolgserlebnissen erleichtert es Schülerinnen und Schülern, auch in anderen Lernprozessen den vorübergehenden Verzicht zugunsten eines langfristigen Erfolgs zu akzeptieren.</p> <p>Richtig, gymnasiale Bildung darf nicht für die Bedürfnisse der Wirtschaft instrumentalisiert werden. Sie ist aber der Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen verpflichtet. Diese leben in einer zunehmend digitalisierten Welt und werden auch ihr ganzes Berufsleben in dieser verbringen.</p> <p>»Non scholae, sed vitae discimus«. Jeder kennt diesen umgekehrt zitierten Satz des römischen Autors Seneca, der auch heute nichts an seiner Aussagekraft und Aktualität verloren hat. Verändert hat sich hingegen sein äußeres Erscheinungsbild, mal eben bei <a href="http://du-den.de">du-den.de</a> gegoogelt.</p> <p>Baden-Württemberg ist Bestandteil der globalisierten Welt. In vielen Ländern, auch bei europäischen Nachbarn, ist die Digitalisierung schon weiter vorgeschritten als bei uns.</p> <p>Im Sinne einer aktiven Teilhabe an einer digitalisierten Lebenswelt und in einem verantwortungsvollen und kritischen Umgang mit digitalen Medien sollten wir es als wichtige und dringende Aufgabe ansehen, Digitalisierung an den Gymnasien aktiv mitzugestalten.</p> <p style="text-align: right;"><b>Sabine Grobe</b></p>	<p>Keine Frage, wir sind es unseren Schülerinnen und Schülern schuldig, dass wir sie mehr als bisher auf einen souveränen und kritischen Umgang mit der digitalen Welt vorbereiten, und dies in allen Fächern. Nur wie? Trotz der fünf Milliarden Euro, die der Bund bereitstellt, bleibt ein großes Fragezeichen, ob und wie, vor allem wie schnell, aber auch durchdacht es den Ländern glückt, diese sinnvoll einzusetzen. Die digitale Welt macht nicht Halt, bis es in BW gelingt, die Schulen mit WLAN auszurüsten, eine gesicherte Bildungsplattform (das verunglückte Schulportal Ella?) zu installieren, Hardware in ausreichender Anzahl zur Verfügung zu stellen und die benötigte Software zu entwickeln. Es ist zu befürchten, dass das Geld ohnehin für nicht viel mehr als Tablets für alle reicht. Die Folgekosten werden verschwiegen, vor allem aber nicht beziffert: Wartungskosten und professioneller Support von außen, laufende Runderneuerungen von schnell veralteten Geräten, systematischer und fachspezifischer Kompetenzaufbau bei den Lehrkräften etc. Um letzterem gerecht zu werden, müssten die Referendare an den Seminaren längst mit digitaler Fachdidaktik im großen Stil vertraut gemacht werden.</p> <p>Die Grenzen des digitalen Lernens ergeben sich aus den Grenzen des menschlichen Gehirns: Digitales Lernen verführt zu Schnelligkeit und Stofflastigkeit (evtl. vergleichbar mit überfrachteten Powerpoint-Vorträgen) zu Lasten von Gründlichkeit und vertieftem, exemplarischem, entwickelndem Lernen und Reflektieren.</p> <p>Der Computer lernt digital, schnell, hoch komplex, der Mensch aber lernt analog, in Beziehung, mit Kreativität und Emotionen, und das dürfen wir den uns anvertrauten jungen Menschen nicht verwehren. Das Erlernen von kritischem Denken im Diskurs und selbstbewusstem, verantwortungsvollem Handeln muss nach wie vor ein wichtiges Ziel der Erziehungsarbeit bleiben. Das nimmt uns Lehrerinnen und Lehrern der Computer nicht ab.</p> <p>Insofern sollte der Digitalisierungsprozess der Schulen kritisch beleuchtet werden: Wird es an den Schulen in Zukunft nur noch digitale Bücher, Apps, YouTube-Filme, Virtual Reality-Räume etc. zum Lernen geben? Werden die Schüler nur noch tippen und wischen statt zu schreiben? Und inwieweit ist das alles tatsächlich förderlich für das Lernen an sich?</p> <p style="text-align: right;"><b>Edelgard Jauch</b></p>



# Wahlergebnisse

## PhV-Mehrheit und PhV-Arbeitnehmervertreterinnen im Hauptpersonalrat und allen vier Bezirkspersonalräten bestätigt!

Die Ergebnisse der Stufenpersonalratswahlen, d.h. der Wahlen des Hauptpersonalrats und der Bezirkspersonalräte Freiburg, Karlsruhe, Stuttgart und Tübingen, zeigen uns: Die Mehrheit der Wählerinnen und Wähler hat uns, den Kandidatinnen und Kandidaten des Philologenverbands Baden-Württemberg, das Vertrauen ausgesprochen und uns den Auftrag gegeben, ihre Interessen weitere fünf Jahre gegenüber dem Arbeitgeber bzw. Dienstherrn zu vertreten.

In allen Stufenpersonalräten wurden die bisherigen PhV-Arbeitnehmervertreterinnen bestätigt; im Bezirkspersonalrat Tübingen wurde ein erforderlicher Generationenwechsel vollzogen. Die bisherige Arbeitnehmervertreterin Sieglinde Selinka beginnt ihren wohlverdienten Ruhestand mit dem Schuljahresende.

Es wurden als Arbeitnehmervertreterinnen von der PhV-Liste gewählt:



>> Ursula Kampf

- in den Hauptpersonalrat:  
**Ursula Kampf**
- in den Bezirkspersonalrat Freiburg:  
**Gabriele Müller-Blechschildt**
- in den Bezirkspersonalrat

Karlsruhe: **Brigitte Beyrich**

- in den Bezirkspersonalrat Stuttgart:  
**Ursula Kampf**

- in den Bezirkspersonalrat Tübingen:  
**Ursula Dingler**

Dabei erreichten im Hauptpersonalrat, im Bezirkspersonalrat Karlsruhe und im Bezirkspersonalrat Tübingen auch die PhV-Arbeitnehmervertreterinnen innerhalb ihrer Gruppe jeweils die Mehrheit, im Bezirkspersonalrat Freiburg und im Bezirkspersonalrat Stuttgart an die fünfzig Prozent. Die größten Stimmengewinne konnte der PhV mit seiner Kandidat/innen-Liste

für die Arbeitnehmervertretung im Bezirkspersonalrat Freiburg erzielen: 8,4 Prozent. Aber auch die Stimmengewinne des Philologenverbandes für die Arbeitnehmervertretung im Hauptpersonalrat in Höhe von 3,8 Prozent und für die Arbeitnehmervertretung im Bezirkspersonalrat Tübingen in Höhe von 1,2 Prozent sind beachtlich.

Wir bedanken uns bei den Wählerinnen und Wählern für ihr Vertrauen und bei den Kandidatinnen und Kandidaten auf den Listen sowie allen weiteren Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern für ihr Engagement und ihre Unterstützung. Das Wahlergebnis ist uns Ansporn und Verpflichtung, uns weiterhin mit allen Kräften für die Interessen der Lehrkräfte an den Gymnasien einzusetzen.

**Ursula Kampf**, Referat Arbeitnehmer/Tarif und Vorsitzende Arbeitskreis Arbeitnehmer im Philologenverband Baden-Württemberg

## Freie Plätze bei der JuPhi Klausur in St. Gallen

Liebe Junge Philologinnen und Philologen und gerne auch die, die sich immer noch jung fühlen.

Wir, die Jungen Philologen, treffen uns etwa drei Mal pro Jahr zu einer Klausurtagung, um Wünsche, Anregungen, Kritik und Sorgen der jungen Kolleginnen und Kollegen zu bearbeiten und in diesem Kreis auch unsere Strategien zu besprechen sowie Termine zu koordinieren.

Am **Freitag, dem 20. September 2019**, wird diese Klausur am Vortag des Bodenseetreffens in St. Gallen in der Schweiz stattfinden. Wir nehmen uns dort ab 13:30 Uhr Zeit für unsere Arbeit und werden eine Nacht vor Ort bleiben. Die Klausur wird am nächsten Morgen enden.

**Hierfür sind noch Plätze frei!**

Wenn Du Dich nun angesprochen fühlst, am 20. September 2019 mit uns nach St. Gallen zu kommen, dann melde Dich einfach an unter: [martina.scherer@phv-bw.de](mailto:martina.scherer@phv-bw.de)

**Anmeldeschluss: 25. Juli 2019**

Jeder, der sich anmeldet, bekommt selbstverständlich eine Mandatsbescheinigung für die Schule (*bitte kümmert Euch gleich dieses Schuljahr um die Freistellung an diesem Tag*). Die Kosten werden vom PhV BW erstattet.

Falls es Nachfragen gibt, bitte einfach eine Mail an: [martina.scherer@phv-bw.de](mailto:martina.scherer@phv-bw.de)

Wir freuen uns auf Deine Mitarbeit.

**Martina Scherer** (Landesvorsitzende der JuPhi) und ihre Stellvertreter **Laura Schönfelder**, **Pascal Maucher** und **Maximilian Röhrich**, sowie alle Bezirksvorsitzenden mit Stellvertretern.

# Thema aktuell

heute: Die SPD

## Wertschätzung statt Wutausbrüche

**W**arum schon wieder, Frau Ministerin? Das war mein erster Gedanke, als ich die Verlautbarung von Dr. Susanne Eisenmann im Mai zu den Schwierigkeiten in der diesjährigen Abiturprüfung im Fach Gemeinschaftskunde gelesen habe. Eine Prüfungsfrage aus dem Feld der internationalen Beziehungen war ungenau formuliert und führte bei den Schülerinnen und Schülern zu Verunsicherung. Ein Nachschreibetermin war nötig und schuld daran – das stand für die frisch gekürte CDU-Spitzenkandidatin gewohnheitshalber direkt fest – waren die anderen, leider mal wieder die Lehrkräfte.

In der Presse polterte Frau Eisenmann lautstark, die Lehrkräfte könnten nicht nach eigenem Gusto entscheiden, was unterrichtet wird und was nicht. Was im Bildungsplan stehe, sei verbindlich. Sie warf den Lehrkräften damit Mutwilligkeit vor. Sie unterstellte ihnen im SWR, einfach keine Lust gehabt zu haben, ihre Prüflinge angemessen vorzubereiten. Kann das wirklich die naheliegendste Erklärung sein? Natürlich nicht. Schon gar nicht, wenn 130 Schulen betroffen sind. Es ist unerhört, wie das Kultusministerium den Lehrkräften in der Stuttgarter Zeitung dann auch noch öffentlich mit disziplinarischen Konsequenzen drohte, obwohl es zu diesem Zeitpunkt nach eigenen Angaben selbst noch aufklären musste, wie es überhaupt zu der 'Panne' kommen konnte.

Nochmal der Reihe nach: Am Morgen des GK-Abiturs gab es Warnhinweise aus den Schulen, dass der abgefragte Begriff 'Kategorienmodell' Schwierigkeiten bereiten könnte und danach beschwerten sich dann auch Schülerinnen und Schüler. Laut Gewerkschaften hatten die Lehrkräfte die betreffenden Theorieschulen (zum Beispiel Realismus, Institutionalismus, Liberalismus) und Weltordnungsmodelle (zum Beispiel hegemoniale Ordnung, Multilate-



von Dr. Stefan Fulst-Blei,  
MdL

ralismus) zwar unterrichtet, der Begriff war jedoch nicht allen Schülerinnen und Schülern bekannt. Warum auch? In der Fachliteratur existiert dieser nicht und einen Zusatz im Bildungsplan, die Schülerinnen und Schüler sollen speziell den Begriff 'Kategorienmodell' erläutern können, sucht man ebenfalls vergeblich.

Vielleicht also eine missverständliche Formulierung, aber sicher kein Vorsatz, keine Faulheit und kein Ungehorsam. Diese Erklärung macht es nicht besser, dass die Abiturprüfung wiederholt werden musste. Die Ursachen werden aber nachvollziehbar und die beschuldigten Lehrkräfte entlastet. Es hätte eigentlich auch Frau Eisenmann von Beginn an klar sein müssen, dass es keine Arbeitsverweigerung einzelner Lehrkräfte sein kann, wenn knapp ein Drittel der Gymnasien den Bildungsplan anders liest, als er vermeintlich gemeint war. Eine Ministerin mit Respekt für ihre eigenen Leute hätte Ursachenforschung betrieben und nicht zum Rundumschlag angesetzt. Leider war es nicht der erste seiner Art.

Die SPD hat ihren rüden und ruppigen Führungsstil erst im April in einer Debatte im Landtag thematisiert. Unter der Überschrift 'Die Finten der Ministerin – wie Frau Eisenmann mit unseren Lehrkräften umgeht' haben wir zahlreiche Beispiele gesammelt, wie wenig Wertschätzung die Lehrkräfte derzeit erfahren und sogar an der Nase herumgeführt werden. Einen

Lerneffekt gibt es seitens der CDU-Frau offensichtlich nicht zu verzeichnen, sonst wäre im Mai nicht bereits die nächste Welle über die Beschäftigten hereingebrochen.

Einen solchen Umgang mit den Lehrkräften halte ich als Sozialdemokrat für untragbar. Als Fachpolitiker sehe ich aber vor allem die drohenden Negative Auswirkungen. »Innere Kündigungen pflastern ihren Weg«, so lassen sich für mich drei Jahre Kultusministerin Eisenmann derzeit überschreiben. Es wäre so wichtig, sich wieder den Sachthemen anzunehmen. Herausforderungen verzeichnet das Gymnasium genug: Zeitdruck in den Klassen, Umgang mit Heterogenität, Stärkung der Berufsorientierung, sinnvolle Digitalisierung, skandalöse Entlassung von Lehrkräften über die Sommerferien, und, und, und. Alles unerledigte Aufgaben!

Statt sich dieser anzunehmen, hat Frau Eisenmann die Bildungsplattform ELLA mit bis zu 28 Millionen Euro Schaden an die Wand gefahren und mit den Grünen im Haushalt 2017 über 1000 Lehrerstellen gestrichen. Es sind diese Stellen, die nun fehlen, um die Krankheitsreserve auszubauen und das Entlastungskontingent wieder aufzustocken. Gerade am Gymnasium kann sich die Koalition nicht mit dem Verweis auf den Lehrkräftemangel rausreden: Mehr als 2000 ausgebildete Gymnasiallehrkräfte haben auch in diesem Schuljahr keine Stelle erhalten und sitzen auf der Straße, während in den Klassenzimmern der Unterricht ausfällt.

Frau Ministerin, bei allem persönlichem Respekt: Machen Sie endlich Ihren Job! Ihr Umgang mit den Beschäftigten ist noch schlimmer als Ihre sonstige Leistungsbilanz. Für die SPD ist klar: Bildung braucht mehr Geld statt Kürzungen! Lehrkräfte brauchen Wertschätzung statt Wutausbrüche!



# 0,- Euro Girokonto<sup>1</sup> vom Sieger für Gewinner

Vorteil für  
dbb-Mitglieder und ihre  
Angehörigen:

**30,- Euro**  
Startguthaben

- ✓ **bundesweit kostenfrei Geld abheben**  
an allen Geldautomaten der BBBank und unserer CashPool-Partner sowie an den Kassen vieler Verbrauchermärkte
- ✓ **einfacher Kontowechsel**  
in nur 8 Minuten
- ✓ **BBBank-Banking-App**  
mit Fotoüberweisung,  
Geld senden und  
anfordern (Kwitt) und mehr...
- ✓ **attraktive Vorteile  
für den öffentlichen Dienst**



## Jetzt informieren

in Ihrer Filiale vor Ort,  
per Telefon unter 07 21/141-0  
oder auf [www.bbbank.de/dbb](http://www.bbbank.de/dbb)



[www.bbbank.de/termin](http://www.bbbank.de/termin)



Für Sie im Hauptpersonalrat Gymnasien beim Kultusministerium + Für Sie im Hauptpersonalrat Gymnasien



Jörg Sobora  
Vorsitzender



Ursula Kampf  
Vorstandsmitglied  
Arbeitnehmervertreterin



Ralf Scholl  
Vorstandsmitglied



Bernd Saur



Claudia Hildenbrand



Cord Santelmann



Andrea Wessel

## Einstellungen 2019

Insgesamt stehen in allen Verfahren im Jahr **2019** rund 750 **Einstellungsmöglichkeiten an allgemeinbildenden Gymnasien** zur Verfügung. Darin enthalten sind 117 sogenannte Mittelstellen. Dies sind Stellen im Arbeitnehmerverhältnis für ein Jahr mit der Garantie (bei Vorliegen der beamtenrechtlichen Voraussetzungen) einer Übernahme ins Beamtenverhältnis. Dabei kann eine Befreiung von der Rentenversicherungs- und Arbeitslosenversicherungspflicht für dieses eine Jahr beantragt werden.

Zusätzlich stehen, wie in den letzten Jahren auch, 250 Stellen für gymnasiale Lehrkräfte an **Gemeinschaftsschulen** zur Verfügung, so dass es 2019 insgesamt etwa 1000 Stellen für gymnasiale Lehrkräfte geben wird. Da viele Berufseinsteiger nicht mit vollem Deputat beginnen, bedeutet dies etwa 1200 Einstellungsmöglichkeiten.

270 der 750 Stellen am allgemeinbildenden Gymnasium wurden bereits in den vorgezogenen Verfahren (Zusatzqualifikation, Ausschreibungsverfahren Ländlicher Raum, Hauptausschreibungsverfahren) vergeben, so dass nun 480 Stellen für das **Listen- und Nachrückverfahren am allgemeinbildenden Gymnasium** zur Verfügung standen.

Von diesen Stellen ging der Löwenanteil ans Regierungspräsidium Stuttgart (RPS), da dort der Ersatzbedarf am größten ist. Deshalb werden viele Bewerberinnen bzw. Bewerber

zunächst ein Angebot im RPS bekommen haben, obwohl sie vielleicht nicht oder nicht als Erstwunsch dort hinwollten.

Die **Bewerberzahl** ist mit 3131 in etwa gleichbleibend hoch wie in den letzten Jahren. Diese Zahl beinhaltet sowohl Alt- als auch Neubewerber.

Die **Einstellungschancen** stellen sich äußerst ungleich dar. Die Fächer mit den meisten Bewerbern sind, wie auch in den vergangenen Jahren, Englisch, Deutsch, Geschichte, Französisch, Spanisch und Erdkunde.

Die besten Einstellungschancen hatten die Bewerber mit dem Fach Bildende Kunst.

Ob jemand eine Stelle bekommen hat oder nicht, hing im Wesentlichen von folgenden Faktoren ab: den Fächern, den gewählten Einstellungsbezirken und der Leistungsziffer. Die Chancen erhöhten sich für diejenigen, die bereit waren, ganz Baden-Württemberg oder zumindest den ganzen Regierungsbezirk als mögliche Einsatzorte anzugeben. So konnte es durchaus sein, dass Bewerber mit schlechteren Leistungsziffern zum Zuge kamen, weil sie räumlich sehr viel flexibler waren als andere Bewerber.

Nach der zentralen **Einstellungssitzung** am 5. Juni 2019 gingen sofort alle Angebote an die Bewerber raus. Diese mussten innerhalb von drei Tagen zu- oder absagen. Abgesagte Stellen wurden dann direkt an die nächstbesten qualifizierten Bewerber

ber der entsprechenden Fächer im jeweiligen Einstellungsbezirk weitergereicht.

Das **Nachrückverfahren** wurde also unmittelbar eröffnet. Nicht vergebene Stellen werden dann entweder schulscharf ausgeschrieben oder in den Stelleninfos der Regierungspräsidien angeboten. Die Schulen können auch noch Stellen mit benötigten Fächern anfordern. Diese Stellen werden ebenfalls im Nachrückverfahren besetzt.

Schließlich bestehen für gymnasiale Lehrkräfte noch **andere Möglichkeiten**, im Lehrberuf in Baden-Württemberg zu arbeiten. So können Bewerberinnen und Bewerber, die keine feste Stelle bekommen haben, **Vertretungslehrkraft** werden. Dazu müssen diese sich auf die Liste der Vertretungslehrkräfte setzen (VPO-Online), damit interessierte Schulen auf die Bewerber zugreifen können. Der Nachteil einer solchen Beschäftigung besteht darin, dass es sich hierbei um eine befristete Tätigkeit handelt. Allerdings kann diese bei ausreichend langer Dauer und entsprechender Stundenzahl beim Zusatzqualifikationsverfahren berücksichtigt werden.

Wer Erfahrungen in anderen Schularten sammeln möchte, kann sich für das **Zusatzqualifikationsprogramm Grundschule oder Sekundarstufe I** bewerben. Bei ersterem gibt es nach drei Jahren eine Wechselgarantie ins gymnasiale Lehramt an einer Gemeinschaftsschule, einem beruflichen oder einem allgemeinbildenden Gymnasium.



beim Kultusministerium + Für Sie im Hauptpersonalrat Gymnasien beim Kultusministerium



Konrad Oberdörfer



Horst Kirra



Helmut Hauser



Winfried Bös



Richard Zöllner



Stephanie Wölz

Die  
PhV-Fraktion  
im HPR



## Rahmendienstvereinbarung und Verwaltungsvorschrift Datenschutz

Die beiden Dokumente zum Datenschutz, die die Umsetzung der Europäischen Datenschutzgrundverordnung auf schulischer Ebene begleiten und als hilfreiche Umsetzungshilfen dienen sollen, werden gerade erarbeitet und nach ihrer Verabschiedung demnächst an die Schulen kommen. Durch die EU-DSGVO sind zahlreiche

neue Aufgaben im Bereich des Datenschutzes auf die Schulen zugekommen. Der Hauptpersonalrat Gymnasien hatte kritisiert, dass es keine zusätzlichen Ressourcen für die Schulen im Bereich des Datenschutzes geben soll. Die einzigen Verbesserungen, die es geben wird, sind die für den Datenschutz zuständigen Mitarbeiter der

Regierungspräsidien, welche von den Schulen als Datenschutzbeauftragte benannt werden können. Da diese jedoch für alle allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien in ihrem Bezirk zuständig sein werden, können sie nicht alle neu entstandenen Aufgaben für die durch sie betreuten Schulen erledigen.

## Nicht ausreichende Korrekturzeiten bei den schriftlichen Abiturprüfungen

Auch in diesem Jahr hat der HPR Gymnasien wieder zahlreiche Beschwerden über zu kurze Korrekturzeiten bekommen. Der HPR Gymnasien hatte in den Jahren 2017 und 2018 eine Umfrage über den zeitlichen Aufwand der Korrekturen für das Abitur durchgeführt und versucht momentan, in einem Beschlussverfahren die Mitbestimmung bei den Abituraufgabenumschlagsterminen zu erreichen.

Die im Vorfeld festgelegten Prüfungstermine, an denen Baden-Württemberg seit 2017 teilnimmt, werden zentral von der Kultusministerkonferenz vorgegeben.

Baden-Württemberg hat im Vergleich zu anderen Bundesländern jedoch ein aufwendigeres Korrekturverfahren, das Erst-, Zweit- und Drittkorrektur beinhaltet. Noch gibt es keine Bestrebungen, das bewährte dreistufige Korrekturverfahren aufzugeben.

Leider sind die Möglichkeiten des HPR damit erst einmal erschöpft. In Gesprächen mit der Spitze des Kultusministeriums wird der HPR natürlich die kurzen Korrekturzeiten auch weiterhin kritisieren. Der Ausgang des Beschlussverfahrens, das momentan beim Gericht liegt, muss nun aber abgewartet werden.

## Erstattung von Reise- und Übernachtungskosten für Lehrkräfte bei Dienstreisen

Das Kultusministerium überarbeitet auf Grund zweier Urteile zur Sache gerade die Verwaltungsvorschrift *Außerunterrichtliche Veranstaltungen*. Der Hauptpersonalrat Gymnasien hat deutlich gemacht, dass er die vollständige Erstattung der Kosten, die den Lehrkräften bei schulischen Fahrten (einschließlich Schüleraustauschfahrten) entstehen, für geboten hält. Sollte das Kultusministerium an Übernachtungspauschalen festhalten, so müssen diese auskömmlich sein und die Mehraufwendungen abdecken. Dafür wird sich der HPR Gymnasien weiterhin mit aller Kraft einsetzen.

Jörg Sobora

## Mitteilung zur Beitragsanpassung zum 1. Juli 2019

Durch die rückwirkende Besoldungserhöhung zum 1. Januar 2019 ab Juli 2019 werden die Beiträge des Philologenverbandes Baden-Württemberg laut Satzung entsprechend angepasst. Es handelt sich dabei um geringfügige Erhöhungen, welche erst **ab Juli 2019** gelten. Die Beitragsstaffelungen und deren Höhe entnehmen Sie bitte unserer Homepage [phv-bw.de](http://phv-bw.de) oder der Beitrittserklärung auf Seite 28.

- gbw -

# Landesjugendausschuss-Sitzung in der Landesgeschäftsstelle des BBW

Die Landesvorsitzende der Jungen Philologen, Martina Scherer, sowie zwei ihrer Stellvertreter, Laura Schönfelder und Maximilian Röhrich, nahmen am 13. Juni an der Landesjugendausschuss-Sitzung der BBW-Jugend (bbw-j) teil.

Etwa viermal pro Jahr tagt dieses Gremium, in welchem unter anderem VBE, DSTG, BDR, BSBD, junge Polizei, VdV und dbbj vertreten sind und somit eine große Vielfalt an Wünschen, Sorgen, Anregungen und Anträgen zusammenkommen. Der Austausch und der Blick über den Tellerrand hinweg zu anderen Gewerkschaften war wie immer sehr bereichernd. Die Landesjugendleitung ist ein wichtiges und geschätztes Gremium im BBW.

Nach den Grußworten zum guten Gelingen des Tages und einem kleinen Bericht über die Hauptvorstandssitzung des BBW von Kai Rosenberger konnte in die Tagesordnung eingestiegen werden.

Dem Bericht von Kai Rosenberger war einiges zu entnehmen. Die Steuereinnahmen waren in den Jahren 2017 auf 2018 höher als erwartet, jedoch wurde und wird trotzdem mit Geld geheizt. Die Personalkosten im Land seien laut den Aussagen der Regierung immer noch zu hoch (Anstieg um zwei Prozent, jedoch stiegen die Sachkosten um fünfzehn Prozent!). Wo geht nun das Geld hin? Die Prognose für Deutschland und somit auch für Baden-Württemberg stehe immer noch auf Wachstum. hier werde für 2019 ein neuer Rekord bei den Einnahmen im Landeshaushalt erwartet. Dennoch wird der öffentliche Dienst 'bespart'. Kleine Erfolge sind bei einzelnen Gewerkschaften zu verzeichnen. Jedoch sind diese in gewerkschaftlicher Hinsicht noch lange nicht ausreichend. Der BBW wird sich nach den letzten Rechtsprechungen zugunsten des öffentlichen Dienstes weiterhin für eine Verbesserung in allen Bereichen des öffentlichen Dienstes einsetzen, sei es bei der Rücknahme der Kostendämpfungspauschale, der Wochenarbeitszeit oder der Verbesserung des Tarifvertrages, um nur drei Themen zu nennen.

Die Mitglieder des Vorstandes, Johanna Zeller, Julia Nußhag und André Geiss berichteten von den Aktivitäten der bbw-j, wie dem politischen Osterfrühstück, den Treffen mit den unterschiedlichen Gewerkschaften, den jugendpolitischen Organisationen oder zum Beispiel der Landeshauptvorstandssitzung des BBW.

Am Nachmittag wurden in dem Vortrag »Eine Analyse: Europa nach der Wahl« die Ergebnisse der Europawahl vorgestellt und teilweise erörtert. Daniel Frey, Mitglied des Rednerdienstes TEAM EUROPE, stand den Mitgliedern des Landesjugendausschusses Rede und Antwort und brachte eine anregende Diskussion in Gang. Große Themen nach der Wahl sind unter anderem der Brexit, das Klima (Plastik, Feinstaub, Greta Thunberg etc.), die Ver-



» Die Jungen Philologen im Gespräch mit dem Vorstand der Landesjugendleitung des bbw (v.l.n.r.): Maximilian Röhrich, Johanna Zeller, Martina Scherer, Julia Nußhag, Laura Schönfelder und André Geiss.

antwortung für die Zukunft (Angst/Krieg um Wasser), Handelsabkommen mit Afrika und Europas Rolle in der Welt sowie die Einbeziehung der Jugend in diese Themenfelder. Es ergeben sich daraus drei Leitfragen für die Zukunft: Welches Europa wollen wir? Welche Geschwindigkeit wird die Politik, wird Europa aufnehmen? Wie muss sich Europa verändern?

Christoph Strehle vom dbb Bund berichtete aus der Arbeit der Bundesjugendleitung. Das Gremium wurde von ihm über die unterschiedlichen Aktionen des dbb informiert. Dabei handelt es sich um politische Gespräche, jugendpolitische Frühstücke, Generationengespräche, Kulturgespräche, eigene Fachtagungen, die Einsatzbetreuung der DPoIG, den Messestand am Kinder- und Jugendhilfetag, innerverbandliche Strukturarbeit, Beteiligung am politischen Diskurs sowie die Erstellung von Leitfäden und Bausteinen für die Jugendverbände. Aktuell setzt sich der dbb mit den Themen Gewalt gegen Beschäftigte im öD, Generationengerechtigkeit, demografischer Wandel, Beamte – Deal or no deal?, Diversity im öD, Ehrenamtsförderung, Nachwuchsgewinnung, Attraktivität im öD und dem Wissenstransfer auseinander.

Für das laufende Kalenderjahr tauschten sich die Gewerkschaften über ihre vergangenen und auch geplanten Termine aus und es wird versucht, in einem gemeinsamen Veranstaltungskalender den Kontakt und Austausch auch über die Ländergrenzen hinweg zu intensivieren.

Am Abend schloss sich das politische Sommerfest der BBW-Jugend an. Dabei konnten weitere Kontakte zu den jugendpolitischen Organisationen angestoßen oder auch schon vertieft werden. Der Austausch des Tages wurde intensiviert und Zukunftspläne wurden geschmiedet. Die Jungen Philologen konnten den Tag mit neuen Impulsen aus der Sitzung und dem anschließenden politischen Fest beenden.

Martina Scherer



# Alle Jahre wieder...

**B**ald ist es wieder soweit. Für Lehrer wie Schüler beginnen die Sommerferien. Was für die einen ein Grund zur Freude ist, bedeutet für die anderen ein Leben am Rande des Existenzminimums. Laut Bericht der Arbeitsagentur werden allein in Baden-Württemberg in diesem Jahr 1840 Lehrerinnen und Lehrer arbeitslos sein. Deutschlandweit handelt es sich sogar um rund 6000 Arbeitslosenmeldungen in diesem Berufsfeld. Die tatsächlichen Zahlen dürften aber noch höher sein, da nicht alle betroffenen Lehrerinnen und Lehrer den Gang zum Arbeitsamt wagen. Wozu auch? Nach dem Referendariat oder einer befristeten Anstellung von unter zwölf Monaten hat man sowieso keinen Anspruch auf staatliche Leistungen.

Während die einen in den Urlaub fahren, fangen für die betroffenen Lehrerinnen und Lehrer die Sorgen erst an. Bei einem Monatseinkommen von etwa 2000 Euro Netto besteht kaum die Möglichkeit, genügend Rücklagen für Miete, Krankenkassenbeiträge und sonstige Ausgaben in den unbezahlten Ferien zu bilden.

Dennoch entscheiden sich viele Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer nach dem Referendariat für eine befristete Anstellung. Warum? Die Einstellungschancen für junge Nachwuchslehrer an Gymnasien sind unterirdisch. Zum Schuljahr 2017/2018 wurden von rund 6000 Bewerbern lediglich 400 eingestellt. Zum Schuljahr 2018/2019 konnte am Regierungspräsidium Tübingen kein einziger Anwärter eingestellt werden. Zum kommenden Schuljahr hat sich die Situation zwar ein klein wenig entspannt, jedoch konzentrieren sich die offenen Stellen sowohl im Ausschreibungs- als auch im Listenverfahren hauptsächlich auf Mangelfächer wie Kunst oder Physik. Die Alternative für die meisten der Bewerber wäre ein Jahr Zusatzausbildung im Angestelltenverhältnis als Lehrkraft an einer Grundschule. Das Kultusministerium lässt die jungen Men-



von **Corinna Heiss**  
stellvertretende Bezirksvorsitzende der  
Jungen Philologen Nordwürttemberg

schen zwar in dem Glauben, nach ein paar Jahren sei ein Wechsel ans Gymnasium möglich, indem es eine Anstellung an einem gymnasialen Schultyp in Aussicht stellt. Was viele aber nicht wissen: Zu den 'gymnasialen Schultypen' zählen auch die beruflichen Schulen und die Gemeinschaftsschulen. Der Mangel ist hier so groß, dass derzeit eine Einstellung an diesen Schularten auch ohne den Umweg über eine Grundschule problemlos möglich ist. Haben junge Lehrkräfte erst mal eine Stelle an einer Gemeinschaftsschule oder einem beruflichen Gymnasium angenommen, ist ein späterer Wechsel an ein allgemeinbildendes Gymnasium nahezu ausgeschlossen. Trotz heftiger Kritik an diesem Vorgehen verteidigt das Kultusministerium in Stuttgart seit vielen Jahren diese Praxis.

Die Referendare werden sogar nach dem Referendariat entlassen,

auch wenn sie im September wieder gebraucht werden und eine Anstellung haben. Dies ist besonders skandalös, zumal die Kolleginnen und Kollegen über die Ferien nicht frei haben. Allein die Nachbereitung des vergangenen Schuljahres und das Ordnen der Unterlagen nimmt viele Arbeitsstunden in Anspruch. Gegen Ende der Ferien muss dann ja auch das neue Schuljahr vorbereitet werden. Dies stellt besonders für Berufsanfänger eine hohe Zeitinvestition dar, da sie im Gegensatz zu den gestandenen Kollegen auf keinerlei Fundus zurückgreifen können.

Eine nahtlose Anstellung nach der Ausbildung ist im Gegensatz zu Justizreferendaren, die direkt eine Anstellung in einer Kanzlei oder auch beim Staat bekommen können, für Berufsanfänger im Lehrberuf nicht möglich. Die Dauer der Ferien ist jedoch gesetzlich geregelt und nicht den Referendaren geschuldet. Dieser Umgang mit den jungen Lehrkräften ist ein Zeichen mangelnder Wertschätzung. Fraglich bleibt auch, warum ein so reiches Land wie Baden-Württemberg bei den angeblich eher geringen Zahlen an befristet angestellten Lehrkräften den Gehaltsausfall über die Ferien nicht bezahlen kann oder möchte.

## Podiumsdiskussion am 16. September 2019 in Waiblingen

Dr. Susanne Eisenmann stellt sich den Fragen der Jungen Union Rems-Murr, der Schüler Union BW, den Jungen Philologen und auch Ihren Fragen.

Die Einstellungssituation für junge Kolleginnen und Kollegen, die Zukunft des Lehrerberufs, der Klassenteiler, das Deputat, die Umsetzung der Digitalisierung oder auch die Neuerungen im Abitur 2021 werden spannende Themen sein.

### Seien Sie dabei!

**Wann:** Montag, 16. September 2019 | von 18:00 Uhr bis 19:30 Uhr

**Wo:** Donner & Partner | Stuttgarter Straße 104 | 71332 Waiblingen

# Nachwuchsseminar der Juphis des DPhV in Königswinter

Die Jungen Philologen des Deutschen Philologenverbandes (DPhV) luden im Mai zum Nachwuchsseminar nach Königswinter bei Bonn ein. Erklärtes Ziel dieses Seminars war es, junge Kollegen, die sich ehrenamtlich engagieren und die Zukunft mitgestalten wollen, zu stärken und ihnen Möglichkeiten zur Selbstverwirklichung und zur Übernahme von Führungsverantwortung im Verband aufzuzeigen. Für den Philologenverband Baden-Württemberg reisten Maximilian Röhrich (stellvertretender Vorsitzender der JuPhi BW und Beisitzer im Bundesvorstand der Juphis im DPhV) und Corinna Heiss (stellvertretende JuPhi-Vorsitzende Nordwürttemberg) an.

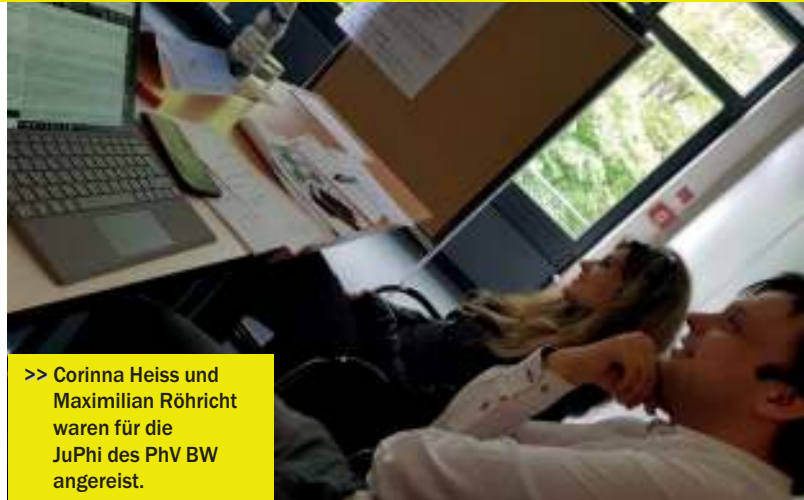
Unter der Leitung von Georg Hoffmann (Vorsitzender der Juphis im DPhV) und Dr. Marcus Hahn (Vorsitzender des Saarländischen Philologenverbandes und Beisitzer im DPhV), der ein Kurzreferat über Führungsstrukturen und mögliche Geschäftsverteilungspläne hielt, fing die Sitzung bereits am Abend des Anreisetages mit einem Brainstorming der Wünsche und Bedürfnisse der Teilnehmer an. Auf diese wurde im Verlauf des Seminars immer wieder eingegangen.

Nach einer kurzen Vorstellungsrunde begann Andrea Kilian mit ihrer Präsentation zum Thema 'Führung im Ehrenamt'. Sie verstand es, in gewohnt hoher Qualität Theorie und Praxis miteinander zu verbinden, sodass alle Teilnehmer mit Freude in die sonst so gefürchtete Rollenspiel-Phase einstiegen. Im Verlauf des weiteren Abends begab man sich dann zur seminareigenen Kegelbahn. Man könnte also mit Fug und Recht behaupten, dass die Teilnehmer zu keinem Zeitpunkt eine ruhige Kugel geschoben haben.

Am Abreisetag gab es noch eine Einheit zum Thema 'Zeitmanagement: Effektiv arbeiten – Freizeit sichern'. Diese zeigte weitere Ideen für einen strukturierten Lehreralltag auf. Besonders erhellend dürfte dabei vor allem für junge Kollegen die These gewesen sein, dass man nicht mehr als zwei Zeitstunden – ausgenommen der Korrekturen – zur Vor- und Nachbereitung pro Tag verwenden sollte, da man sonst schnell über die Arbeitszeitgrenze gelange und zu wenig Erholung habe. Sicherlich etwas, worüber wir uns alle im Zuge unserer Gesundheit Gedanken machen sollten.

So konnten die JuPhi des Philologenverbandes Baden-Württemberg mit vielen neuen Anregungen im Gepäck die Heimreise antreten.

Maximilian Röhrich



>> Corinna Heiss und Maximilian Röhrich waren für die JuPhi des PhV BW angereist.



>> Georg Hoffmann, Vorsitzender der Juphi im DPhV, leitete das Seminar.

>> Andrea Kilian referiert zum Thema 'Führung im Ehrenamt'.





# Wie QM nicht sein sollte

*Anmerkung der Redaktion:* In dieser Kurzserie beschäftigt sich Prof. Dr. Rainer Dollase mit der Frage nach gutem Qualitätsmanagement – QM. Dabei bringt er Erstaunliches zu Tage und stellt interessante Thesen auf. Seit der Einführung des ZSL und des IBBW gewinnt QM in Baden-Württemberg stark an Bedeutung. So sollen beide Einrichtungen neben Fortbildungen für Kontrolle und Auswertung (ZSL) sowie Datenerhebungen im großen Stil (IBBW) zuständig sein.

Das eigentliche Problem ist das Wort. 'Qualitätsmanagement' wird von vielen gebildeten und ungebildeten Zeitgenossen so aufgefasst, als sei dies eine besondere Methode: vor wenigen Jahren erst erfunden und etwas völlig anderes als das, was man vor hunderten von Jahren auch schon getan hat. So etwa denken Universitätsangehörige, wenn die Hausmeisterin in 'facility management' umbenannt wird – es muss sich dann offenbar um eine völlig neue Abteilung mit neuen Aufgaben und wundersamen Möglichkeiten handeln.

Das Gegenteil ist der Fall. Qualitätssicherung ist das, was das Schulsystem von Anfang an getan hat, nämlich die Ausübung von Kontrolle, ob die Realität sich auch so verhält, wie sie soll. Der Schulrat hat die einklassige Dorfschule in Wiechmansburg besucht, er hat die unregelmäßige Führung eines Klassenbuches moniert, weil er nicht sehen konnte, wie weit die Schüler und Schülerinnen im Stoff waren und er fand den Unterricht zu wenig 'straff'.

Das war Qualitätssicherung in Reinkultur. Und durch Richtlinien, Stoffverteilungspläne, die Ausbildung und Prüfung von Lehrkräften hat man auch nichts anderes getan als die Qualität zu sichern. Aus Angst, bei einer dieser Prüfungen und Besuche durchzufallen, aufzufallen oder bestraft zu werden, haben sich Generationen von Pädagogen stets selber motiviert, das Bestmögliche an Qualität zu erreichen – gewiss auch teilweise, natürlich, selbstredend, intrinsisch motiviert.

Bei jeder Form von Qualitätsmanagement geht es immer darum, einen Sollzustand zu formulieren, dann zu handeln, das Handeln und seine Ergebnisse zu kontrollieren, bzw. zu evaluieren (Dollase, 2009). Wer, wie oder was kontrolliert wird, ist zunächst einmal wurscht. Qualitätssicherung ist eine Explikation der menschlichen Handlungslogik, die nichts anderes ist, als mit einer beständigen Kontrolle des Erreichten und einer Adjustierung des Handelns, falls man die Ziele nicht erreicht hat, besser zu werden. Aus den Kontroll- und Evaluationsergebnissen soll gelernt werden, wie man es besser macht. Säuglinge, die im Wohnzimmer herumkrabbeln und ein Wollknäuel erreichen wollen, haben ein Qualitätsmanagementsystem. Sie haben ein Ziel, sie handeln und sie stellen anschließend fest, ob sie es haben oder nicht. Wenn nicht, müssen sie ihr Handeln ändern. Diesen Dreischritt aus Soll, Handeln und Evaluation zu ver-



>> Prof. Dr. Rainer Dollase

stehen, ist keineswegs schwierig und unterfordert folglich jeden nachdenkenden Zeitgenossen.

Allerdings versuchen viele Kollegen mit allerlei Abkürzungen (TQM, EFQM, ISO9001 etc. pp.) und begrifflichen Neuschöpfungen (und vielen PowerPoint Präsentationen – das 'PowerPoint Prekariat' sagte eine Lehrerin), diese gedanklich schlichte Logik des Qualitätsmanagement zu verdunkeln. Mit einem obfuskatorischen Versteckspiel lässt sich schließlich mehr Eindruck schinden und die Kritiker und so genannten 'Vetospieler' fernhalten. Mit dieser summarischen Betrachtung setzt man sich dem Vorwurf aus, dass man hier Äpfel mit Birnen vergleichen würde. Wer aber Äpfel und Birnen nicht zu 'Obst' zusammenfassen kann, sollte andererseits bescheiden in die Reflexion gehen.

Penetrant ist die Vermarktung des Qualitätsmanagement seit den neunziger Jahren auch darum, weil es mit fast religiöser Inbrunst und mit den bekannten Techniken wirtschaftspsychologischer Simpelstrate-

gien injiziert wird. Man hat den unmittelbaren Eindruck, dass man hier psychologisch über den Tisch gezogen werden soll. Auch die Einbindung von Kritikern (sic!) dient letztlich nur der scheinheiligen Akzeptanzsteigerung von QM – richtig darüber nachdenken will schon lange keiner mehr.

Das aktuelle Qualitätsmanagement ist, by the way, der Versuch der Wirtschaftswissenschaften unter Umgehung der Psychologie, die eigentlich für die Veränderung des Verhaltens und der Motivation unserer Mitmenschen wissenschaftlich zuständig ist, auch im Schulbereich Fuß zu fassen. Das tun einige ihrer Vertreterinnen und Vertreter seit Jahren mit der Arroganz der Nichtwissenden. Wenn sie wenigstens Plagiate psychologischer Erfindungen verkaufen würden (einige tun das ja) – aber meist äußern sie sich als Epiphyten auf dem Baum psychologischer Erkenntnisse und bekommen die (methodischen) Wurzeln derer Erkenntnisse nicht mit. Welche gravierenden Fehlentscheidungen und Fehleinschätzun- >>

gen der Realität mit den paar ökonomischen, globalen Aggregationsdaten und deren freihändiger Interpretation für die Verbesserung von Schule und Bildung verbunden sind – diese Ableitung muss hier aus Platzgründen unterbleiben.

Tatsache ist allerdings, dass das aktuelle schulische Qualitätsmanagement hierzulande eine mehr oder weniger schlechte Kopie des planwirtschaftlichen, erfolglosen Qualitätsmanagements der DDR ist. Die DDR hatte übrigens ganz konkrete, sachkundige Standards formuliert – besser als heutige Qualitätskataloge (Ministerium für Volksbildung, 1986). Kollegen aus der früheren DDR wundern sich dann auch schlicht, warum diese aktuelle Form des QM (festgelegte schriftliche Standards, Evaluation, so genannte Outputsteuerung) aktuell so viel Resonanz hat. Auch haben die gegenwärtigen QM-Methoden offenbar sehr viel von der Scientology Church gelernt, zumindest überraschen immer wieder typische Vokabeln und grundlegende Verfahren der Kontrolle, die in den Texten von Ron Hubbard eine große Rolle spielen – zum Beispiel Audit (Hubbard, 1984). Auch das lernzielorientierte Lernen und Testen – in den siebziger Jahren der schulpädagogische Hit – ist grandios gescheitert und strukturell nichts anderes als das aktuelle QM. Auch eine Idee für den 'continuous improvement process' gab es in den Siebzigern – es nannte sich 'rollende Reform'.

Wie also kann man dieses bereits vielfach gescheiterte Verfahren des QM heute

noch verbessern? QM muss es immer geben – aber so wie heute, mit schriftlich formulierten Standards, Qualitätsinspektoren und anschließenden Berichten an die Schulen, ist das die beste Form? Ein paar ausgewählte Thesen zur Frage, wie QM nicht sein sollte, folgen.

### 1. Die Qualitätssicherung muss sich an den Ergebnissen der internationalen empirischen Schul- und Unterrichtsforschung orientieren

Eine erste Verbesserung muss dort ansetzen, wo das 'Soll' formuliert wird. Die Qualitätskataloge der Schulinspektion stellen je nach Bundesland sehr unterschiedliche Kriterien zusammen. Diese können nicht vollständig sein, weil man Realität mit Sprache nicht vollständig beschreiben kann – aber sie müssten eigentlich mit dem internationalen Wissensstand über den guten Unterricht übereinstimmen. Das tun sie oft nicht. Viele der Beurteilungsbögen der Schulinspektionen müssen für die Unterrichtsbeurteilung grundlegend überarbeitet werden. Beispiel: In Hattie (2009) werden über 800 Metaanalysen über das schulische Lernen zusammengefasst. Eines der wesentlichen Ergebnisse ist, dass der 'Lehrer als Aktivator' (activator) deutlich größere empirische Effekte hinterlässt als der Lehrer als Moderator selbstgesteuerter Lernprozesse, also als 'facilitator'. Stattdessen wird, in den Bundesländern unterschiedlich, immer noch abgehakt, ob die em-



Bild: Colours-Pic/AdobeStock

pirisch als schwächer wirkenden Unterrichtsmethoden (das selbstständige Lernen, problembasiertes Lernen et cetera pp.) auch in genügender Qualität und Quantität vorkommen. Natürlich fallen große Teile der deutschen Pädagogik angesichts solcher Resultate in Ohnmacht – aber sie sind eigentlich lange bekannt, nur hat man sich bei der Formulierung von Standards ungern darum gekümmert.

Wenn also ein irgendwie geartetes QM wirksam sein soll, dann ist es zunächst einmal nötig, sich am internationalen Stand der empirischen Wissenschaft über den guten Unterricht zu orientieren, d.h. im Klartext, die Realisierung der wirksamsten Methoden zu kontrollieren. Man könnte es auch sein lassen. Wer sich gerne mit Schulabgängern deutlich unterhalb des internationalen Niveaus zufrieden geben möchte, der soll daran nicht gehindert werden, schließlich sind wir ja alle Demokraten.

### 2. Die wirksame und praxisangemessene Art, Schule und Unterricht zu gestalten, muss in unabhängigen Institutionen geprüft werden

Notwendig wäre dafür die Gründung von Instituten

für evidenzbasierte Schulentwicklung bzw. Unterricht. Selbstverständlich werden solche Institute von unserer lokalen Wissenschaft abgelehnt, da sie sich diese in dem freien Raum der Wissenschaft mit ihren Möglichkeiten zur Verlautbarung nicht empirisch-praktisch geprüfter Handlungsanweisungen gemächlich eingerichtet hat. Auch die Schulinspektionen, die zweite Phase der Lehrerbildung, die erste ohnehin, müssen sich zukünftig an einem evidenzbasierten Wissensstand orientieren, wenn sie ihre Ziele für die Lehrerbildung, für die Lehrerbewertung, für die Gestaltung von Unterricht und Schule kontrollieren oder bestimmen wollen.

Nun wären nur die der empirischen Technologie unkundigen KollegInnen aus lauter Ehrfurcht vor den Aussagen der empirischen Forschung leicht zu verunsichern. Selbstverständlich heißt evidenzbasierte Pädagogik auch, dass qualitative Studien genau so zugelassen werden müssen wie praktische Beobachtungen und Erfahrungen. Weder durch qualitative noch quantitative empirische Forschung wird eine vollständige Aufklärung des Praxisfeldes erreicht. Wer also wäre so töricht, die Steuerung der Qualität auf unvollständiger Grundlage zu gestalten? Auch

durch Einbezug reflektierter und vorbildlich handelnder Experten wird allerdings eine hundertprozentige Sicherheit nicht erreicht werden können. Die Unterrichtung und Erziehung unserer Kinder und Jugendlichen funktioniert nicht wie die Kontrolle einer Bandstraße zur Produktion von Staubsaugern. In der Staubsaugerproduktion macht Qualitätskontrolle einen besonderen Sinn, weil die Bandstraße in ihrer Wirkung zu einhundert Prozent Menschenwerk ist, d.h. also grundsätzlich zu einhundert Prozent aufklärbar ist. Qualitätssicherung im Schulsystem muss aber davon ausgehen, dass Unterricht in sehr unterschiedlicher Form erfolgreich sein kann (Weinert und Helmke, 1997, Schreckenberger 1980, 1982), keineswegs hundertprozentig aufgeklärt ist, folglich muss sie Unterricht länger beobachten als die zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen üblichen zwanzig Minuten, um zu sehen, wie der Kollege oder die Kollegin mittel- und langfristige mit den Schülern in einen Lehr-Lernprozess eintritt. Und keineswegs kann man davon ausgehen, dass nur ein methodisches Unterrichtskonzept wirksam ist. Auch der Lehrer als 'Aktivator' hat mehrere Möglichkeiten (Hattie, 2009). Schreckenberger (1980, 1982) – ein Praktiker der Ausbildung und Prüfung von Lehrkräften – hat dies schon in den achtziger Jahren erkannt und konkret beschrieben.

Die Fortsetzung folgt in der nächsten Ausgabe von  
Gymnasium Baden-Württemberg.

-gbw-

# Erasmus + - Schulpartnerschaften

## Was sind Erasmus + - Schulpartnerschaften?

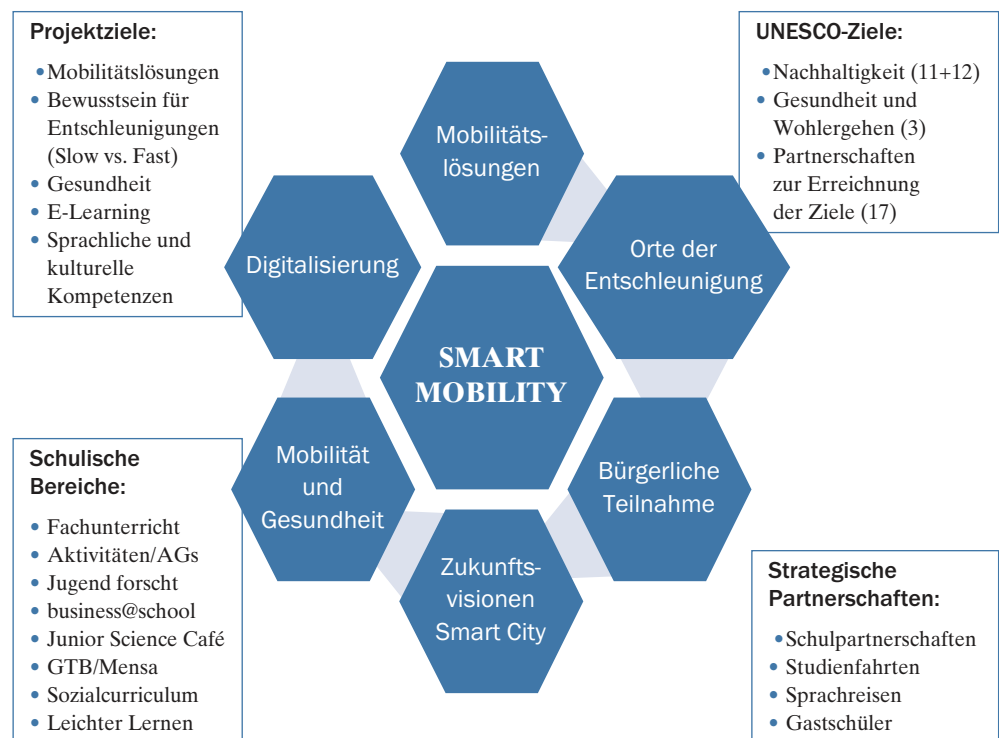
Erasmus + ist das EU-Programm zur Förderung von allgemeiner und beruflicher Bildung, Jugend und Sport in Europa. Im Bildungsbereich fördert es Schulpartnerschaften, bei denen Bildungseinrichtungen aus verschiedenen Ländern an gemeinsamen Zielen zur Entwicklung und zum Austausch innovativer Verfahren sowie zur Förderung von Zusammenarbeit und Peer-Learning arbeiten.

## Welche Eckpunkte sind wichtig?

Die Schulpartnerschaften dauern 12 bis 36 Monate. Mindestens drei Schulen aus verschiedenen Programmländern müssen an einem Projekt beteiligt sein, von denen eine Schule die Antragstellung übernimmt.

Basis für alle Projekte ist ein klarer Bezug zu den Zielen und Prioritäten des Programms Erasmus +.

## Wie können Erasmus + - Schulpartnerschaften aussehen?



Projektidee aus dem Schuljahr 2018/2019 für eine Schulpartnerschaft mit vier anderen europäischen Schulen (Hellenstein-Gymnasium Heidenheim, Koordinator: Egon Kartaly)

Ein aktueller Projekttitle aus dem Schwerpunkt politische Bildung lautet beispielsweise: Wie kann Demokratie auf allen Ebenen des schulischen Lebens gelernt, gelebt und gestaltet werden?

Kooperationsprojekte können auch den deutsch-französischen Austausch betreffen, im Jahr 2017 gab es 340 angemeldete Projekte.

## Wo erhält man Informationen über Erasmus + - Schulpartnerschaften?

Einen detaillierteren Überblick über die Bedingungen und Anforderungen der Maßnahmen, für die man sich bewerben kann, findet man im Erasmus+-Programmleitfaden.

Weitere Informationen bietet folgende Webseite: <https://www.kmk-pad.org/programme/erasmusplus/leitaktion-2-schulpartnerschaften.html>

Die Teilnahme an Erasmus +-Projekten ist vor allem durch die Zusammenarbeit mit Schülern und Kollegen aus anderen Ländern spannend und eine Bereicherung für jedes Gymnasium.

Sabine Grobe



# Jetzt muss die EU sich beweisen oder Genug geschwätzt – wir wollen Taten sehen

Natürlich ist jede Stimme für eine rechtsextreme Partei eine zu viel, aber es ist bei der Wahl für die 9. Wahlperiode des Europäischen Parlaments nicht so schlimm gekommen, wie manche befürchtet hatten. 73 Abgeordnete aus solchen Parteien haben sich zu einer neuen Fraktion mit dem Namen 'Identität und Demokratie' zusammengeschlossen. Wohl hatte die Vorgängerfraktion lediglich 36 Parlamentarier umfasst, doch angesichts der Gesamtzahl von 751 Abgeordneten besteht kein Grund zu der Befürchtung, dass diese Fraktion eine grundlegende Kursänderung, ja gar eine Blockade der EU bewirken könnte. Eine nationalistische Maximalprofit-Attitüde war im Übrigen bereits vor der Wahl bei so manchem Regierungschef überdeutlich ausgeprägt, und der Einfluss dieser Regierungschefs dürfte allemal größer sein als derjenige von unter zehn Prozent der Abgeordneten.

Der weit überwiegende Teil der EU-Bürger hat ein Bekenntnis zur EU abgegeben. Dies gilt einmal mehr für Deutschland, was sich in der erfreulicherweise deutlich gestiegenen Wahlbeteiligung widerspiegelt (von 48 auf 62 Prozent).

Die anhaltenden Spannungen, um nicht zu sagen das Geschacher um die Besetzung der Position des Kommissionspräsidenten, lassen den bereits Anfang Juni vorgelegten Entwurf eines Strategiepapiers, der sogenannten 'Strategischen Agenda bis 2024', leider in den Hintergrund treten. In diesem Papier strebt die EU bis 2024 ein stärkeres und einheitlicheres Erscheinungsbild an, will demnach vor allem auf den Gebieten Sicherheit, Wachstum und Klimaschutz mehr Einfluss in der Welt gewinnen. Beim Thema 'Förderung von Europas Interessen und Werten in der Welt' heißt es, in einer zunehmend unsicheren und komplexen Welt müsse die EU »helfen, die globale Zukunft zu prägen«. Sie müsse für Multilateralismus und eine regelbasierte Weltordnung eintreten und als



von Bernd Saur  
Ehrenvorsitzender des Philologen-  
verbandes Baden-Württemberg

Beispiel der Zusammenarbeit Inspiration für andere werden. Um mehr Einfluss zu gewinnen, müssten die EU-Positionen einheitlicher werden, und man müsse sie entschlossener und mächtiger vertreten.

Na bitte: Größer könnten Entschlossenheit und Ankündigungen kaum sein. Da nimmt unsere Staatengemeinschaft den Mund ganz schön voll, und wer wollte sich eines solchen Aufbruchs verweigern?

Wer? Nun, zum Beispiel die EU-Staaten selber! Keine zwei Wochen später können sich diese nicht auf die sogenannte Klimaneutralität bis 2050 einigen. So macht zum Beispiel Polen geltend, man habe nach 1945 jahrzehntelang Stillstand ertragen müssen und könne sich jetzt nicht in seiner wirtschaftlichen Entwicklung beschränken lassen. Gemeint ist, man könne jetzt nicht gezwungen werden, seine Kohlekraftwerke abzuschalten. Auf globaler Ebene könnten übrigens sämtliche Entwicklungs- und Schwellenländer ähnlich argumentieren, bietet sich ihnen doch erst jetzt die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Entwicklung, wie sie die Industrienationen vor 150 Jahren einleiten konnten. Will die EU nun wie postuliert 'Inspiration für andere' werden, also eine Art Blaupause für die Lösung globaler Problemstellungen sein, so muss sie solche innereuropäischen Konflikte lösen. In welchem Bereich, wenn nicht dort, wo es um die Zukunft unseres Planeten geht, will sie der Welt zeigen, dass 27 Staaten (ich rechne mit Verlaub das Vereinigte Königreich nicht mehr mit), es mit Vernunft und Beharrlichkeit schaffen, unseren Kindern und Kindeskindern einen lebenswerten

Planeten zu hinterlassen? Wenn die Botschaft aber lautet, dass 27 doch immerhin vergleichsweise ähnlich entwickelte Staaten dies nicht schaffen, wie sollen sich dann die 193 Staaten der Erde jemals einigen können?

Derweil verstärkt sich der Druck der Umweltaktivisten. Vor allem die Jugend, aber längst nicht mehr nur diese, ist in Aufruhr. Aus den Fridays-for-Future-Protesten ist in kürzester Zeit eine gut organisierte, schlagkräftige Umweltbewegung geworden. Der Klimawandel ist eines der Hauptthemen beim 37. Evangelischen Kirchentag in Dortmund. Am vorletzten Juni-Wochenende protestieren in Aachen 40 000 Klimaaktivisten aus 17 Ländern gegen die Kohleverstromung. Das Aktionsbündnis 'Ende Gelände' besetzt einen der Riesenbagger im Tagebau Garzweiler und blockiert die Kohle-Transportbahn. Markus Söder plädiert für einen früheren Kohleausstieg und Thomas Strobl – man höre und staune – fragt sich, ob ein weiterer Ausbau der Autobahnen wirklich angezeigt erscheint. Der Klimawandel ist zum Megathema avanciert.

Hier geht es längst nicht mehr um Pille-palle. Während wir hierzulande für den Monat Juni neue Hitzerekorde erwarten, erweist sich der Klimawandel für die Ärmsten der Armen als immer bedrohlicher, zum Beispiel für die Menschen im westafrikanischen Niger.

**Hand aufs Herz:** Es ist uns klar, dass wir uns werden bescheiden müssen, dass ein »Weiter so« ausgeschlossen ist. Es ist uns klar, dass wir unseren individuellen CO<sub>2</sub>-Fußabdruck werden verkleinern müssen. Und wir wissen auch, dass durch Appelle zum freiwilligen Verzicht das unerlässliche Reduktionsvolumen nicht erreicht werden wird. Soweit kennen wir die Spezies Mensch.

Man kann den Klimawandel massiv eindämmen wollen, sich gleichzeitig aber individuellen Verhaltensänderungen widersetzen. Das eine oder das andere kann man tun. Nur beides zusammen, beides zusammen geht nicht.

# »Wir sind Gymnasium!«

## Zum Erweiterten Niveau an der Gemeinschaftsschule

»Wir sind Gymnasium!« – Mit diesen Worten empfing ein Schulleiter einer Gemeinschaftsschule des Schulbezirks Biberach die Eltern beim Informationsabend für die weiterführenden Schulen. Mit einer bunt gestalteten PowerPoint-Präsentation wurde für die 'Schule für alle' geworben.

Chancengleichheit, gemeinsames Lernen, kooperative Lernformen, Leistungsorientierung auf gymnasialem Niveau, und, und, und ... Worte, die genau so in der Konzeption und auf der Seite des Kultusministeriums zu finden sind. Wer kann da noch widerstehen? Erstaunlich war, dass das Wort 'Abitur' und 'Gymnasium' häufiger als Chancengleichheit oder Heterogenität fiel, nämlich ganze zwölf Mal. Nach der Vorstellung des Konzepts, der Kritik an anderen Schularten, insbesondere der des Gymnasiums, welches als elitäre und hochmütige Selektionseinrichtung gebrandmarkt wurde, stellte der Schulleiter seine renommierten Kolleginnen und Kollegen vor. Von den insgesamt zwölf anwesenden Lehrkräften wurden nur die Gymnasialen namentlich samt ihrer Dienstbezeichnung erwähnt, weitere jeweils ad hoc zu Realschullehrerinnen und -lehrern aufgestuft, statt der de facto vorliegenden Ausbildung zum Grund- und Hauptschulpädagogen. Ähnliche Szenarien ereignen sich häufiger als gedacht, so bestätigen dies die Vernetzungstreffen des Referats Gemeinschaftsschulen des PhV BW.

Nicht an jeder der nun 306 Gemeinschaftsschulen in Baden-Württemberg, tatsächlich an den wenigsten, unterrichten automatisch Gymnasiallehrkräfte. Das gymnasiale Niveau wird demnach von Lehrkräften der Sekundarstufe I, also vornehmlich Grund- und Hauptschullehrerinnen und -lehrern oder eher selten von Realschullehrkräften



>> Tristan Wiedemann

erarbeitet und angeboten. Es mag aber auch vorkommen, dass Fachlehrerinnen und -lehrer, zum Beispiel in Technik, Musik, Sport, BK und MuM das Erweiterte Niveau ausweisen müssen. Oft wird das gymnasiale Niveau unter reiner

Zuhilfenahme von Gymnasialbüchern erarbeitet und in die sogenannten Lernpakete der Schülerinnen und Schüler übertragen. Ein niveauspezifischer 'Input' findet nicht statt. Stattdessen sollen die Schülerinnen und Schüler sich die Lerninhalte selbst erarbeiten und sich mittels Lösungsblätter selbst verbessern. Die Klassenarbeiten, auch Leistungsnachweise genannt, werden dann nach Einschätzung der Lehrkraft differenziert erstellt. Eine Lehrkraft des Vernetzungstreffens des PhV berichtet diesbezüglich im Fach Biologie von folgenden Aufgabenstellungen für die Klassenstufe 6, die von einer ehemaligen Hauptschulkollegin aufbereitet wurden:

- *Grundlegendes Niveau: Nenne drei Merkmale des Körperbaus eines Meerschweinchens.*
- *Mittleres Niveau: Nenne fünf Merkmale des Körperbaus eines Meerschweinchens.*
- *Erweitertes Niveau: Beschreibe den Körperbau des Meerschweinchens.*
- *Sogenanntes Förderschulniveau: Male das Meerschweinchen aus.*

Auf den Hinweis der Gymnasiallehrkraft innerhalb der Fachschaft, dass dies neben den anderen fragwürdigen Differenzierungen, und dem offensichtlich fehlgeleiteten Inklusionsvorhaben, kein Gymnasialniveau sei, wurde mit erheblichem Widerstand und Vorwürfen der Arroganz, der zu hohen Bezahlung und Besserwisseri reagiert. Der Leistungsnachweis wurde wie vorgeschlagen geschrieben und selbstverständlich arbeiteten mehr als die Hälfte der Kinder erfolgreich auf gymnasialem Niveau.

Operatoren, Anforderungsbereiche, Transfer- und Vertiefungsphasen innerhalb des Unterrichts existieren in den Berichten der Mitglieder des Referats kaum oder nur in wenigen Ansätzen. Hinzu kommt die gängige Praxis, dass an vielen Gemeinschaftsschulen fachfremder Unterricht erteilt wird und die Kolleginnen und Kollegen ohne Qualifikation ein gymnasiales Niveau bspw. in Französisch anbieten müssen. Sachkompetenz scheint, wie es Weinert einst postulierte, als Schlüsselkompetenz für einen erfolgreichen Unterricht wohl nicht mehr zwingend notwendig zu sein. Vor allem nicht, um die Kinder und Jugendlichen hin zur Universitätsfähigkeit zu begleiten.

Nicht selten werden vor allem die Hauptfächer Mathe, Deutsch, Englisch in den sogenannten Lernateliers oder auch Lernbüros 'unterrichtet'. Die Schülerinnen und Schüler bekommen dort Gelegenheit, in Ruhe an ihren Lernpaketen zu arbeiten. Sie nehmen sich Arbeitsblätter auf ihrem selbstgewählten Niveau, bearbeiten diese in ihrem eigenen Tempo und korrigieren sich danach selbst oder mit Hilfe einer Lehrkraft. Das Thema darf an manchen Orten auch frei nach Interesse gewählt werden. Motivierender Einstieg, Erarbeitung, Auswertung, Vertiefung und Transfer existieren im eigentlichen Sinne nicht mehr. Unterrichtsdiskussionen, Debattieren, Theaterpädagogik etc. sind nur selten oder gar nicht zu finden, da das hohe Maß an Heterogenität solche Methoden kaum zulässt, oder weil die Lehrkraft nicht weiß, wie sie diese umsetzen soll. Ein problemorientierter Einstieg mag Schülerinnen und Schüler des Grundlegenden Niveaus überfordern, deshalb lässt man ihn einfach weg und beginnt abrupt mit dem Thema. Das gymnasiale Niveau scheint demnach aus simpler schriftlicher Reproduktion zu bestehen.

Andere Gymnasiallehrkräfte berichteten dem Referat ebenfalls von erhöhtem Druck von Seiten der Eltern und den Schulleitungen, das Niveau zu senken. Ihnen werde ein zu hoher Anspruch und Hochmut vorgeworfen, und in einigen Fällen wurde dies auch in der dienstlichen Beurteilung zurückgemeldet. »Ihr fordert da so Metaphern«, >>

heißt es beispielsweise an eine Kollegin aus dem Stuttgarter Raum. »*Euer Anspruch ist viel zu hoch, das ist kein Realschulniveau und das macht man nicht mal am Gymnasium!*«. Dominant von Seiten einiger Hauptschullehrkräfte kommt verstärkt und immer wiederkehrende Kritik: »*Meine Tochter ist auf dem Gymnasium und macht sowas nicht!*«. Ebenso berichten gymnasiale Lehrkräfte von Einschüchterungsversuchen und Drohungen auch mit dienstrechtlichen Verfahren, sollten sie das Niveau nicht senken. Von den Schülern konnten die Betroffenen keine Unterstützung erfahren.

Vor dem Hintergrund eines vereinfachten, fächerübergreifenden Erweiterten Niveaus und der Möglichkeit, direkt ohne Prüfung in die gymnasiale Oberstufe nach Klasse 10 überzugehen, ist es verwunderlich, dass die Gemeinschaftsschulen mit gymnasialer Oberstufe (Tübingen und Konstanz) seit ihrer Einrichtung nicht mehr positive Resonanz erfahren haben, oder dass nicht mehr Schülerinnen und Schüler mit einer gymnasialen Empfehlung eine Gemeinschaftsschule besuchen.

**Fazit:** »*Wer vom Ziel nicht weiß, kann den Weg nicht haben*« – so beschreibt Christian Morgenstern in seinem Gedicht »*Wir fanden einen Pfad – Wer vom Ziel nicht weiß...*«<sup>1</sup> 1925 die Notwendigkeit der Zielorientierung in jeglichen Diskursen. Sie helfen uns auch im schulischen Kontext, die Frage nach der Qualität zu beantworten und sind daher von großer Wichtigkeit.<sup>2</sup> »*Denn Aussagen über die Güte und Angemessenheit ausschlaggebender Unterrichtsstile und -methoden lassen sich immer nur im Hinblick auf spezifische Ziele machen.*«<sup>3</sup> Wenn eine Lehrkraft das Ziel nicht kennt, sprich die Anforderungen des Abiturs oder der universitären Lehre, dann kann der Weg nicht gelingen. Wenn auf Kosten von Bildungsbiografien der Schülerinnen und Schüler und ebenso auf Kosten der Gesundheit von Lehrkräften eigennützige Propaganda betrieben wird, verläuft auch ein wohl gemeinter Weg ins Leere.

**OSTr Tristan Wiedemann M.A.**  
Referat Gemeinschaftsschulen PhV BW

1 Morgenstern, Christian: Galgenlieder/Wir fanden einen Pfad. Berliner Ausgabe 2015, S. 35.

2 Helmke, Andreas: Unterrichtsqualität-Konzepte,

Messung, Veränderung. Kaiserslautern 2011, S. 13f.  
3 Ebd. S. 13f.

## TLTR (Too Long To Read)!

*Es stehen die Sommerferien vor der Tür und viele Familien werden wieder verreisen. Doch dieses Jahr gibt es in Baden-Württemberg eine Besonderheit: Das Schuljahresende fällt nicht, wie sonst üblich, auf einen Mittwoch, sondern auf einen Freitag. Glücklicherweise sind zwischen dem 28. Juni und Anfang September (noch) keine Schülerstreiks geplant, denn sonst könnte es am letzten Schultag zu massiven Fehlzeiten kommen.*

**A**m Freitag vor den Pfingstferien gab es Meldungen über Fridays-for-Future-Überflieger. Es sollen Eltern und Kinder die *Fridays-for-Future*-Bewegung missbraucht haben, um früher, und somit günstiger in den Urlaub fliegen zu können. Gleichzeitig erhielt die schwedische Klimaaktivistin Greta Thunberg mit ihrer Bewegung den *Ambassador of Conscience Award* der Organisation *Amnesty International*. In der Woche zuvor landete sie sogar auf der Titelseite des *Time Magazine*. Damit wird sie eingereiht in die Gilde solch berühmter Persönlichkeiten wie Nelson Mandela, welcher gemeinsam mit seinem ANC und dem damaligen südafrikanischen Präsidenten Frederik Willem de Klerk das Land aus der Apartheid und somit aus der jahrzehntelangen Isolation führte. Ich erinnere mich an die Anti-Apartheid-Konzerte dieser Zeit, wie beispielsweise im Londoner Wembleystadion 1988, als Peter Gabriel mit seiner Anti-Apartheids-Hymne *Biko*, aber auch andere Größen wie Whitney Houston, Phil Collins, die Simple Minds, Eurythmics oder auch die Dire Straits ein elfstündiges Mammutkonzert gaben. Sie taten dies, um der Welt zu zeigen, wir alle stehen gemeinsam gegen die Apartheid, und drückten dies aus in einem in dieser Länge nie dagewesenen Popkonzert. Damals waren die meisten Grünen noch *Fundis*, und Deutschland noch ein geteiltes Land. Nun reist die sechzehnjährige Greta Thunberg ausschließlich mit dem Zug durch die Lande, um ihren ökologischen Fußabdruck gering zu

halten. Und andere nutzen den Freitag, um früher in den Urlaub zu fliegen. Ein groteskes Paradox, das von Greta Thunberg so natürlich nie beabsichtigt war, uns aber doch zu denken geben sollte. Diese Überflieger haben wohl ihr Land in der langen Streikliste auf der Internetseite der Bewegung nicht gefunden und sich gedacht, da fliege ich dann mal weg. TLTR!

Wenn wir schon von Unlesbarkeit sprechen, dann ergibt sich die Frage, wie schwer ein Abitur noch sein darf beziehungsweise wie leicht es sein muss. Wenn in Online-Petitionen von »nicht erfüllbaren und zu hoch angesetzten Anforderungen« beim Mathematik-Abitur in Niedersachsen geschrieben wird, dann ist das eine Sache. Wenn jedoch die einberufene Fachkommission Mathematik den Umfang der von den Prüflingen erwarteten Leistung in ihrem Gutachten als »noch angemessen« bezeichnet, die Länge der Aufgabenstellungen jedoch als »am oberen Rand des Wünschenswerten«, dann ist dies eine interessante Analyse. Dieser Meinung folgt auch Horst Audritz, Vorsitzender des PhV Niedersachsen. Er fordert einen vorübergehenden Ausstieg seines Bundeslandes aus dem gemeinsamen Aufgabenpool der Kultusministerkonferenz (KMK). Zumindest, solange »keine echte Vergleichbarkeit der Aufgaben« in den einzelnen Ländern gewährleistet sei. Mit dem Lesen ist das so eine Sache, mit dem Schreiben auch. Die Aufgaben seien laut Experten mit »konstruierten Textzusammenhängen überfrachtet und nicht eindeutig formuliert« ge-



wesen. Es bleibt abzuwarten, wie sich das gemeinsame KMK-Abitur entwickeln wird. Ein bundesweites Abitur mit gemeinsamen Aufgaben in einzelnen Fächern, wie dies für das Schuljahr 2021 angedacht ist, wird es unter solchen Voraussetzungen wohl kaum geben. Wer soll denn in Zukunft die vielen komplexen Aufgabenstellungen einstellen, bearbeiten und bereitstellen, damit sie kohärent und eindeutig formuliert sind? TLTR!

Eindeutig formuliert sind die Stellenzusagen des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport für die Gymnasien. Diese sind zwar marginal besser als im letzten Jahr, jedoch keinesfalls hinreichend. Im RP Tübingen haben wir dabei einen Stellenzuwachs im Listenverfahren von null auf fünfzehn Stellen zu verzeichnen. Dies ist zwar erfreulich, jedoch in Anbetracht der Bewerberlage ein Tropfen auf den heißen Stein. Zudem die Einstellungsmöglichkeiten sich tatsächlich nur auf einzelne Fächer wie Physik oder Bildende Kunst beziehen und in den Massenfächern wie Deutsch oder Englisch selbst Bewerber mit besten Noten keine Aussicht auf eine Anstellung haben. Baden-Württemberg braucht als Flächenland endlich eine verlässliche Einstellungspolitik, in welcher die Jahrgangsbesten grundsätzlich eine realistische Chance haben, in den Schuldienst an Gymnasien übernommen zu werden. Da verfährt das Ministerium ebenfalls nach dem Motto TLTR! Wenn Sie eine Mail mit zu langem Anhang bekommen, dann antworten Sie einfach mit TLTR! (Too Long To Read!) und drücken damit aus, dass Sie entweder keine Zeit oder keine Lust haben, sich mit dem Thema eingehender zu beschäftigen.

Ach ja, da war ja noch was! Fünfzig Jahre Sexualkundeunterricht in Baden-Württemberg und den meisten anderen westlichen Bundesländern. In Zeiten unverblümter Sexualität im Netz eigentlich keiner Meldung mehr wert. Oder doch? Der Sexualkundeatlas der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung war sicherlich keine Aufforderung zur Unzucht, jedoch hatte er seine Wirkung 1969 nicht verfehlt. Knappe fünfzig Seiten, 12 Kapitel und länderübergreifend! TLTR? **Enver Groß**

## »Wünsch dir was von Eisenmann«



*Öffentlichkeitswirksame Übergabe der Wunschzettel an Dr. Susanne Eisenmann erzeugt großes Medienecho!*

Ende vergangenen Jahres war in der Wahlkampfkommission die Idee entstanden, dass man den Kolleginnen und Kollegen einmal die Möglichkeit geben müsste, ihre Wünsche zur Schulpolitik direkt an die Kultusministerin zu übermitteln. Die Designvorschläge und Pläne wurden erarbeitet, und kurz vor Weihnachten trafen an jeder Schule in Kollegiumsstärke die Weihnachtswunschzettel zum Ausfüllen ein. Es schien zunächst so, als hätten manche Kolleginnen und Kollegen das nur als Scherz zur Weihnachtszeit verstanden, obwohl es absolut ernst gemeint war. Bis Ende Februar dauerte der Rücklauf, es kamen knapp 600 Karten zurück, und man merkte schnell, dass es zahlreiche Probleme gibt, die den an der Basis tätigen Pädagogen auf den Nägeln brennen! Die genaue Auswertung leistete später die Landesgeschäftsstelle, und daraus entstand eine

Aufstellung der genannten Anliegen, gewichtet nach der Häufigkeit der Nennungen. Diese Zusammenfassung und alle Originalzettel mussten jetzt nur noch an geeigneter Stelle an den Adressaten übergeben werden, dazu fand sich am 23. Mai vor einer öffentlichen Sitzung im Landtag die passende Gelegenheit. Die bildungspolitischen Sprecher aller Parteien, mit denen wir Gespräche führen, nahmen Kenntnis von unserer Aktion, waren da und ließen sich die Auswertung geben. Von FDP und SPD wurde unsere Pressemitteilung sofort mit einer Zumeldung ver-

stärkt, und Reporterinnen vom SWR und von Radio Regenbogen waren vor Ort und stellten Fragen an Ralf Scholl. SWR aktuell berichtete, auf den Nachrichtenseiten von t-online, Landtag BW, rtl und weiteren erschien die Meldung, und in der Folge wurde ein dpa-Artikel erstellt, der von insgesamt zehn Zeitungen aufgenommen und publiziert wurde (*Backnanger Kreiszeitung, Waiblinger Kreiszeitung, Bietigheimer Zeitung, Stuttgarter Nachrichten, Stimme, Welt, Bad. Neueste Nachrichten, Schwäbische Zeitung, Haller Tagblatt, Reutlinger* >>

>> Ralf Scholl übergibt die Wunschzettel an Dr. Susanne Eisenmann.



Nachrichten). Bezeichnenderweise wurde in der Schlagzeile nicht unser Wunsch mit der höchsten Priorität zitiert, sondern Punkt 4 der Liste, nämlich die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9. Diese stellt eine langjährige Forderung des PhV BW dar, die offensichtlich den Nerv der Zeit trifft! Aber angesichts steigender Belastungen und immer vielfältiger Anforderungen an die Lehrerschaft durch die Heterogenität der Schülerinnen und Schüler wurde auch die Notwendigkeit anerkannt, durch Anrechnungen, Senkung des Deputats und des Klassenteilers eine Entlastung herbeizuführen.

Mögen unsere Wünsche und Argumente nicht nur gehört werden, sondern nun auch Taten folgen!

Karin Fetzner



Zusammenfassung: Wünsche an Dr. Susanne Eisenmann (sortiert nach Häufigkeit der Nennungen)	
1.	Für Zusatz- bzw. besondere Aufgaben und besondere Belastungen wie zum Beispiel Deutsch-Korrekturen entsprechende Entlastungs-, Anrechnungs- oder Deputatsstunden
2.	Deputatsreduzierung
3.	Kleinere Klassen bzw. Kurse/Reduzierung des Klassenteilers
4.	Rückkehr zu G9
5.	Krankheitsvertretungspool mit tatsächlich verfügbaren Lehrern
6.	Verbindliche Grundschulempfehlung
7.	Mehr (Neu-)Einstellungen, mehr Personal
8.	Reduzierung der Bürokratie
9.	Keine überstürzten Reformen
10.	Arbeitsfreundlichere Umgebung für Lehrer, angemessene Lehrerarbeitsplätze
11.	Erhalt gymnasialer Bildung
12.	Mehr Zeit für Schüler
13.	Aufstockung der Schulsozialarbeit etc.
14.	Bildungsplan: Persönlichkeitsbildung statt marktgerechte Ausbildung
15.	Professionelle Netzwerkbetreuung
16.	Mehr Wertschätzung für Lehrkräfte
17.	Verlängerung der Abitur-Korrekturzeiträume
18.	Keine Kündigungen für L.i.A. über die Sommerferien
19.	Funktionierende Technik, bessere technische Ausstattung
20.	Stärkung von Gesellschaftswissenschaften
21.	Gleiches Gehalt für Beamte und Angestellte
22.	Modernisierung der Schulgebäude
23.	Extradeputatsstunde für Leistungsfächer in der Oberstufe
24.	Mehr A14-Beförderungen
25.	Stärkung der drei Schularten Gymnasium, Realschule, Werkrealschule

Original-Zitate zu den verschiedenen Themen:

1. »Genug Zeit im Deputat einplanen, um pädagogische Tätigkeiten wie Klassenlehrertätigkeit, Elterngespräche und Umgang mit förderbedürftigen Schülern nicht 'on top' bearbeiten zu müssen.«
2. »Wir Lehrer sind am Anschlag.«  
»Deputat oder Klassengröße anpassen, damit Wochen mit Korrektur nicht regelmäßig die siebenzig Stundenmarke sprengen.«
3. »Kleinere Klassen, damit ich meine Schüler auch kennenlernen kann!«
4. »G8 ist Mist! Es belastet die Schüler durch den vielen Nachmittagsunterricht viel zu sehr. Kein Mensch kann zehn Stunden am Tag durchgehend lernen und das auch noch behalten. Weniger ist wie immer mehr!«
5. »Ehrliche Berechnung der Versorgungslage (keine 'Schönrechnung')«
6. »Wiedereinführung einer verbindlichen Grundschulempfehlung. – Was zum Teil diesen schwachen Kindern angetan wird, ist unverantwortlich!«
7. »Ich wünsche mir, Einstellung geeigneter bzw. befähigter Lehrkräfte.«
8. »Extra-Arbeit dezimieren. Es wird immer mehr!«  
»Ehrlich gegenrechnen: Wo auf der einen Seite mehr Zeit für Formulare, Konferenzen usw. verwendet wird, fehlt sie für Vorbereitung, Korrektur, Eltern- und Schülergespräche.«
9. »Ich wünsche mir, dass Neuerungen nicht eingeführt werden, bevor die Voraussetzungen dafür geschaffen sind.«
10. »Mehr als 1,5 qm Platz pro Lehrer im Lehrerzimmer (Bio-Mastschweine haben so viel)«
- ...
  21. »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Angestellte unter den Lehrern haben dieselbe Ausbildung und leisten dasselbe wie ihre verbeamteten Kolleginnen und Kollegen und erhalten teilweise 1000 Euro/Monat weniger Gehalt und keine Pension. Das ist eine Unverschämtheit!«



# myclimate

shape our future

## Die Energie- und Klimapioniere gehen bald schon in die fünfte Runde

»Merkt ihr, wie es hier drinnen langsam wärmer wird?« Eine Gruppe von Grundschulern sitzt Montagmorgen auf dem Boden des Klassenzimmers unter einem Fallschirm und spricht mit einer myclimate-Referentin über den Klimawandel.

**W**arum wird es wärmer und was hat das mit uns zu tun? So kann eine Impulslektion der Energie- und Klimapioniere aussehen. Spielerisch lernen die jungen Schüler die Begriffe Atmosphäre, Wetter und Klima kennen. Der natürliche und der menschengemachte Treibhauseffekt werden anhand eines Sets mit Legokarten anschaulich vermittelt. Weil CO<sub>2</sub> unsichtbar ist und man sich dies nur schwer vorstellen kann, machen wir das Gas mit einem eindrücklichen Experiment sichtbar. Und damit der Treibhauseffekt nicht nur Theorie bleibt, kommt unser Fallschirm zum Einsatz.

Nach einer Stunde Input sind die Schüler motiviert, selbst einen Beitrag für den Klimaschutz leisten zu können und sammeln Ideen für ihr eigenes Klimaschutzprojekt. Wer hat die innovativste Idee zum besseren Umgang mit unseren Ressourcen?

Doch nicht nur Grundschulen nehmen an diesem Projekt teil. Vor allem



Mittel- und Oberstufenschüler sind Zielgruppe für zukünftige Energie- und Klimapioniere. Welche Rolle spielt unser Energieverbrauch und wie beeinflusst menschliches Handeln das Klima weltweit? Die Schüler entdecken, wie sie in ihrem Alltag Energie sparen und das Klima schützen können und machen erste konkrete Schritte dazu. Mit ihren Ideen für ein eigenes Klassenprojekt steigen sie schon am Ende der Impulslektion in die Planung für die Umsetzung ein.

Und die Ergebnisse können sich sehen lassen. Vom Fahrradeinkaufsdienst für die Nachbarn, Spielwaren- und Kleiderbörsen, über klimafreundliche Mittagessen oder die Planung der nächsten klimafreundlichen Klassenreise bis zu Sensibilisierungsaktionen – alles ist möglich, um unser Klima zu schützen und Energie zu sparen!

Bisher haben über 6300 Schüler an dem Bildungsprojekt teilgenommen und es werden hoffentlich noch viel mehr neue Energie- und Klimapioniere werden! >>





# ENERGIE & KLIMA PIONIERE

Seit 2015 gibt es die 'Energie- und Klimapioniere' in Baden-Württemberg. Gefördert wird das Projekt vor allem durch die Ministerien für Umwelt sowie Kultus, Jugend und Sport in Baden-Württemberg. Das Projekt bietet Schulklassen von der Unter- bis zur Oberstufe an allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg die Möglichkeit, eigene Projekte zu realisieren, welche einen nachhaltigen Umgang mit Energie fördern und das Klima entlasten. *myclimate* unterstützt sie bei der Entwicklung und der Umsetzung ihrer Ideen. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, Kindern und Jugendlichen aufzuzeigen, dass sie selbst aktiv werden und dadurch einen wichti-

gen Beitrag zu einer klimafreundlichen Energiezukunft leisten können.

Das Projekt hat zwei prominente Vorbilder: die Pioniere der Luftfahrt Bertrand Piccard und André Borschberg. Die beiden haben im Juli 2016 mit ihrer Solar Impulse die erste Weltumrundung im Solarflugzeug erfolgreich beendet – nur mit der Kraft der Sonne und ohne Einsatz von fossilen Brennstoffen. Damit wollen sie ein starkes Zeichen gegen unsere Abhängigkeit von fossilen Energien setzen. Mit den 'Energie- und Klimapionieren' suchen wir die Pioniere von morgen und freuen uns auf viele spannende und wirkungsvolle Klimaschutzprojekte.

Dirk Kolberg



Bild: alextmx/AdobeStock



## ÜBER myclimate

Die gemeinnützige Klimaschutzorganisation *myclimate*, deren Wurzeln in der Schweiz liegen, sieht sich als Partner für wirksamen Klimaschutz – global und lokal. Gemeinsam mit Partnern aus der Wirtschaft sowie Privatpersonen wollen wir durch Beratungs- und Bildungsangebote sowie eigene Projekte die Zukunft der Welt gestalten. Dies verfolgen wir als gemeinnützige Organisation marktorientiert und kundenfokussiert. Die internationale Initiative mit Schweizer Wurzeln gehört weltweit zu den Qualitätsführern von freiwilligen CO<sub>2</sub>-Kompensationsmaßnahmen. Die freiwillige Kompensation von CO<sub>2</sub>-Emissionen erfolgt in derzeit mehr als siebenzig Klimaschutzprojekten in dreißig Ländern. *myclimate* ermutigt mit handlungsorientierten und interaktiven Bildungsangeboten jede und jeden, einen Beitrag für unsere Zukunft zu leisten.

**Sind sie an einer Impulslektion interessiert? Sie möchten Informationen, wie Energie- und Klimapioniere in die Schulstunde integriert werden kann?**

Energie- und Klimapioniere  
c/o myclimate Deutschland  
Borsigstraße 6  
72760 Reutlingen  
Ansprechpartner:  
Dirk Kolberg  
Projektleiter Klimabildung  
0 71 21 / 92 23 -14  
ekp-de@myclimate.org

## Aus dem Redaktionsteam

### • Heute: Edelgard Jauch

Edelgard Jauch unterrichtet die Fächer Deutsch und Englisch am Friedrich-Schiller-Gymnasium in Marbach am Neckar. An ihrer Schule war sie lange Jahre als ÖPR-Vorsitzende aktiv. Seit dem Schuljahr 2013/2014 vertritt sie die Kolleginnen und Kollegen im Bezirkspersonalrat Stuttgart, zurzeit als Vorsitzende. Dafür hat sie eine Vollfreistellung.

Ein starkes Gymnasium ist und war ihr schon immer wichtig, deshalb arbeitet sie auch mit Freude im Redaktionsteam von Gymnasium Baden-Württemberg mit. Das Gymnasium brauche eine starke Lobby, um nicht zwischen den politischen Fronten zerrieben zu werden.

S.G.



# Neue Online-Möglichkeiten für Mitglieder

## Die interne PhV-Webseite

Unter [intern.phv-bw.de](http://intern.phv-bw.de) hat jedes PhV-Mitglied ab August Zugang zu (s)einem internen PhV-Bereich.

Da wir noch intensiv an dieser Seite arbeiten, kann es sein, dass die Version, die Sie im Internet sehen werden, etwas anders aussieht als die hier abgebildeten Screenshots.

**Ohne Einloggen** gibt es hier folgende Möglichkeiten (s. *Screenshot 1*):

### Start

Die grundlegende Anleitung.

### Login

Ihr Login-Name ist eine Zahl, die mit der Telefon-Landesvorwahl Ihrer Privatadresse beginnt und dann Ihre Mitgliedsnummer ohne führende Nullen. Wohnen Sie also in Deutschland, so ist das zum Beispiel 049-123456 (wir haben auch Mitglieder, die in Frankreich, der Schweiz oder Österreich wohnen und Mitglieder im deutschen Auslandsschuldienst).

Ihr Passwort wurde/wird Ihnen in einer E-Mail von der PhV-Geschäftsstelle mitgeteilt. Falls Sie uns noch keine E-Mail-Adresse mitgeteilt haben, holen Sie das bitte nach (am einfachsten per E-Mail an [info@phv-bw.de](mailto:info@phv-bw.de))!

Falls Sie keine E-Mail-Adresse haben, können Sie die Geschäftsstelle anrufen (**Telefon 07 11 / 2 39 62 50**).

### Registrieren

Sie müssen sich nicht registrieren. Dies ist ein Menüpunkt ausschließlich für Nichtmitglieder, die an PhV-Veranstaltungen teilnehmen möchten.

### Ansprechpartner

Unter 'Alle Ansprechpartner' finden Sie die Geschäftsstelle und die Funktionsträger auf Landes- und Bezirksebene, unter 'Lokale Ansprechpartner' finden Sie die Schulvertreter.

### Veranstaltungen

Hier sehen Sie die öffentlichen PhV-Veranstaltungen, zu denen sich auch Nichtmitglieder anmelden können.

**Nach dem Login** (als Mitglied) vergrößert sich das Auswahlmenü (s. *Screenshot 2*):

- Unter **Ansprechpartner** finden Sie alle Schulvertreter und Seminarvertreter nach Postleitzahlen geordnet.
- Unter **Funktionsträger** finden Sie die Geschäftsstelle, Landes- und Bezirksvorstände sowie HPR- und BPR-Mitglieder.
- Unter **Personen suchen** können Sie nach anderen PhV-Mitgliedern suchen: Die einfachste Suche ist die nach Nachname, Vorname oder Schule und Schulort.

In den unteren Feldern können Sie auch eigenständig komplexe Suchanfragen zusammenstellen. Dazu können Sie mehrere Bedingungen mit den Operatoren 'und' bzw. 'oder' verknüpfen und diese Bedingungen auch schachteln – dazu dienen die Klammern.

Bitte achten Sie darauf, nach Eingabe der Suchbedingungen mit der Maus auf den Button 'Suchen' zu klicken. Ein Klick auf die 'Return'-Taste auf der Tastatur liefert (bislang) eine leere Ergebnisliste.

- Unter dem Menüpunkt '**Veranstaltungen**' finden Sie alle der Geschäftsstelle gemeldeten PhV-Veranstaltungen, wie Fortbildungen, Personalräteschulungen, Regionalversammlungen, usw. Sie können sich hier mit wenigen Klicks zu diesen Veranstaltungen anmelden.

Sind Sie Regionalvertreter? – Dann teilen Sie der Geschäftsstelle mit, wann und wo Ihre Regionalversammlung stattfinden wird. Sie wird dann genau hier angekündigt.

Bei den Veranstaltungen wird voraussichtlich künftig noch viel mehr möglich sein: **Wollen Sie eine Arbeitsgruppe zu einem bestimmten Thema gründen?** Teilen Sie es der Geschäftsstelle mit! Dann wird dies hier angekündigt, sodass Sie hoffentlich sehr schnell interessierte Mitstreiter finden.

Falls an solchen eigenen Veranstaltungen größeres Interesse besteht, könnten wir deren Einstellen auch für Mitglieder freigeben: Wir wissen zum Beispiel, dass die Mitglieder eines anderen großen Vereins sich auf diesem Wege unter anderem zu Grillfesten und Motorrad-Touren verabreden...

- Unter **Abstimmungen** werden wir künftig Mitgliederbefragungen durchführen und zum Beispiel auch die Wahl von JuPhi-Bezirksvorsitzenden vornehmen können.
- Unter '**Mein Konto**' können Sie Änderungen bei Ihrer Wohnadresse, Telefonnummer oder E-Mail-Adresse eingeben.

Außerdem haben Sie hier die Möglichkeit, datenschutzkonform alle Angaben in der Mitgliederdatenbank für die Suche durch andere Mitglieder freizugeben oder zu sperren. (*Alle Prioritätsangaben von 11, 12 oder größer verhindern die Veröffentlichung.*)

- Unter **Downloads** (geplant) werden wir Musterwidersprüche und vergleichbare Dokumente, auf die nur unsere Mitglieder zugreifen können sollen, veröffentlichen.

**Ralf Scholl**



Screenshot 1



Screenshot 2

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Philologenverband

Baden-Württemberg ab

Name, Vorname

Straße Hausnummer

PLZ Ort

Geb.-Datum

Telefon

Fax

E-Mail

Status (bitte genaue Angaben):

Beamte/r, Amtsbezeichnung A

Arbeitnehmer/in, Entgeltgruppe E

Studienreferendar/in

Student/in

Dienststellung (StR, ...)

Fächerkombination

Deputat in Wochenstunden

Schulname

Schulort

## SEPA-Lastschriftmandat

Philologenverband Baden-Württemberg | Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE73ZZZ00000261913 | Mandatsreferenz: Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt

Hiermit ermächtige ich den Philologenverband Baden-Württemberg, den jeweils fälligen Mitgliedsbeitrag von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Philologenverband Baden-Württemberg auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

*Hinweis:* Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kreditinstitut

Kontonummer

Bankleitzahl

BIC

IBAN

D

E

Ich weiß, dass ich mit meiner Unterschrift die Satzung des Philologenverbands anerkenne. Ein Exemplar der jeweils gültigen Satzung geht mir auf Wunsch zu. Ich bestätige weiterhin, davon unterrichtet zu sein, dass nach § 7.2 der Satzung ein Austritt nur zum Ende eines Kalenderjahres mit drei monatiger Kündigungsfrist möglich ist.

**Hinweis zum Datenschutz:** Zur Verarbeitung der persönlichen Bankdaten im Rahmen des SEPA-Einzugsverfahrens gibt der Betroffene entsprechend Art. 6 Abs. 1 a DS-GVO die Einwilligung durch seine Unterschrift. Die anderen vorstehend angegebenen personenbezogenen Daten sind allein zum Zwecke des entstehenden Mitgliedschaftsverhältnisses erforderlich und werden auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 b DS-GVO erhoben. Für jede darüber hinausgehende Nutzung dieser Daten und die Erhebung zusätzlicher Informationen bedarf es der Einwilligung des Betroffenen.

Ort, Datum

Unterschrift

Beitrittserklärung bitte ausgefüllt und unterschrieben an: **Philologenverband Baden-Württemberg**  
Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart | Fax: 07 11 / 2 39 62-77 | E-Mail : info@dphv-bw.de senden/faxen.

### Auszug aus der ab 1. Juli 2019 geltenden Beitragsordnung (Beiträge pro Monat)

Staffelbeiträge*	unter A 13/E 14	18,35 Euro	A 13/E 14	18,85 Euro		
	* Teilzeit wird entsprechend berücksichtigt	A 14/E 15	20,15 Euro	A 15/E 15Ü	21,95 Euro	
Feste Beitragssätze	Studenten	1,88 Euro	Referendare	3,77 Euro	Pensionäre	7,54 Euro